grauzone.info sondernummer märz 2006

texte und diskussionsbeiträge
über österreich, eu, kapitalismus und widerstand

let's kick their ideals to MOVE our ideas into practice!

eu ade action days
4. 5. 6. märz innsbruck
10. 11. märz salzburg

inhalt

2 **Inhalt & Vorwort**

3 **let's kick their ideals to MOVE our ideas into practice!**
Aufruf zu Protesten gegen die EU-Treffen in Innsbruck und Salzburg

4 **Über Österreich, EU-Ratspräsidentschaften, Herrschende und Kapitalismus...**

6 **Der Kapitalismus macht alles zur Ware!**

8 **Formale Gleichheit in der totalen Ungleichheit**

10 **Smash centralism!**

11 **Der Europäische Sicherheits-Congress in Innsbruck (ESCI) -** institutionalisierte Kriegswissenschaft

12 **Die GASP -** Das Instrument der europäischen Eliten
für kollektive Eroberungs- und Ausbeutungstouren

14 **Festung Europa**

16 **Schubhaft in Österreich**

18 **Neue Überwachungsstrategien als Disziplinierungsmaßnahmen**

20 **Die Linke und der Krieg.** Ein Beitrag von Wolf Wetzel

24 **Kreative Strassenproteste** (inkl. Beispiele aus Innsbruck & Salzburg)

27 **Wer wir sind** - Die Gruppe MOVE stellt sich vor

edit

Die Ratspräsidentschaft und die EU. Ein Thema, das Österreich zur Zeit bewegt. Oder auch nicht. Wahrscheinlich geht es vielen BürgerInnen am Arsch vorbei, was die hohen Damen und Herren schon wieder über unseren Köpfen verzapfen und durchsetzen. Noch mehr Leuten geht vermutlich das am Arsch vorbei, was wir hier zu bieten haben.

Nun liebe Leute, Mitmenschen und MitbürgerInnen, lasst Euch jedoch eines gesagt sein: Angesichts dessen, was heutzutage in unserer Welt aufgeführt wird, ist jedeR Einzelne von uns gefährdet. Nicht nur in seinem/ihrem jeweiligen Status, Image oder sonst was - nein, in seiner/ihrer Existenz und Freiheit! Wie jetzt? Schon wieder, oder besser: noch immer der böse Kapitalismus? Ausbeutung? Überwachung? Wer fühlt sich denn eingeschränkt hier? Oder gar ausgebeutet? Wir leben ja in der „Friedensmacht EU"! Ein „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts"! Und im „neutralen" Österreich! Nona: Die EU ist sowieso für jedeN offen, Österreich von kapitalistischen Logiken ausgenommen, die Güter sind gleichmässig verteilt, alle haben genug zu Essen, ein tolles Leben und Luxus en masse. Vor allem deswegen, weil Generäle, KonzernchefInnen und PolitikerInnen so gut für uns sorgen wollen, dass wir es selber gar nicht erst dürfen. Welch Glück uns Menschen, vor allem in Österreich, nur widerfährt!

Wacht auf! Österreich befindet sich noch immer auf Erden und damit im globalen kapitalistischen System, das unter anderem von der EU abgesichert werden soll. Was da so läuft, daran Kacke ist und wie ein paar wenige an einem Haufen vieler verdienen, steht ein paar Seiten weiter. Dem nicht genug, macht diese EU genau das, was dem Kapitalismus am besten gefällt: Sie passt den rechtlichen Rahmen aus Gesetzen, Verdordnungen, Richtlinien und Beschlüssen immer perfekter an den Profitzwang an - der Kapitalismus muss nämlich alles vewerten, um zu überleben! Dass es darum auch nicht so recht mit der Beseitigung der Unterdrückung von Frauen klappen kann, steht dann nochmal ein paar Seiten weiter.

Blättert mensch wieder etwas vor, dann kommt genau das, weswegen Du nix mitzureden hast. Entscheidungen, die das Leben beeinflussen, werden getroffen - aber eben nicht von Dir, sondern ganz weit weg von immer wenigeren, die oben drauf so tun, als würden sie Dich kennen. Da freuen sich natürlich auch diejenigen, die eigentlich nicht so beliebt sind, aber von „denen da oben" gebraucht und darum eben „beliebt" gemacht werden: KriegsexpertInnen und KriegswissenschaftlerInnen. Wie kann mensch alles so drehen, damit mensch möglichst vielen Leuten glauben macht, dass dieser und jener Krieg nötig und wichtig ist? Wie bekommt mensch es hin, aus diesem und jenem Krieg eine „Verteidigung" zu machen? Wie erhaltet mensch ein System, das für einen wirtschaftlichen Aufschwung die Tötung von Menschen braucht? Die Verbindung von Wirtschaft, Krieg und Bildung ist nur noch allzu offensichtlich und im Kontext der gesamteuropäischen Militarisierung erübrigt sich zur „Friedensmacht EU" jeglicher Kommentar.

Krieg nach aussen bedeutet natürlich, dass da irgendwas sein muss, gegen das Krieg geführt werden muss. So halten unter anderem Menschen den Kopf hin, die ausserhalb der EU geboren wurden. Wollen die auch noch „rein" und meinen, ihre Existenz sei aufgrund nicht vorhandener Rechtsstaatlichkeit bedroht, dann bekommen diese Menschen die praktische Seite jener „Rechtsstaatlichkeit" zu spüren: Deportationen, Folterungen und im schlimmsten Fall Mord.

Vorrangig, aber nicht nur zum Zwecke der Dokumentation haben wir dann noch den Text von Wolf Wetzel von seinem Referat hier in Innsbruck abgedruckt. Wir finden seinen Beitrag zur Linken und dem Krieg zu interessant und passend, als ihn Leuten, die an jenem Abend nicht anwesend waren, vorzuenthalten.

Abschließend sei noch der Text über Beispiele kreativer Aktionen im tristen Alltag erwähnt. Widerstand macht auch Spass, gerade weil er uns aus jenem tristen Alltag herausholt - auch wenn's viele Leute nicht wahrhaben können!

Und sollte sich die Frage stellen, wer oder was wir in Punker Heinrichs Namen denn sind: Die letzte Seite sollte helfen. Pflichttermine gibt's auf der Rückseite.

Wir hoffen, ihr habt Euren Spass mit diesen Texten und wisst danach so halbwegs, was uns noch so alles bevorsteht und was Ihr dagegen tun könnt. Und vergesst nicht: Nur wer die richtigen Fragen stellt, bekommt auch die richtigen Antworten!

In diesem Sinne: KriegstreiberInnen absägen! Kampf den kapitalistischen Verhältnissen!

MOVE ON!

let's kick their ideals to MOVE our ideas into practice!

Wir empfangen die EU Verteidigungs- und AußenministerInnen!

In der ersten Jahreshälfte 2006 übernimmt Österreich zum zweiten Mal die EU-Ratspräsidentschaft. Dass bedeutet, dass in einer Vielzahl von EU-Gremien österreichische PolitikerInnen den Vorsitz übernehmen. Die drei informellen Gipfeltreffen der 25 Staats- und Regierungschefs werden laut offiziellen Angaben aus sicherheitstechnischen Gründen in Wien stattfinden. Innsbruck und Salzburg werden am 6. und 7. bzw. 10. und 11. März Schauplatz von zwei der 14 informellen Ministerräte sein: In Innsbruck treffen sich die 25 EU-Verteidigungsminister und in Salzburg die AußenministerInnen.

Der Rahmen für einen perfektionierten Ausbeutungsapparat

Seit ihrem Bestehen dient die Europäische Union den Herrschenden als Apparat zur Unterwerfung sogenannter „EU-BürgerInnen" unter eine kapitalistische Marktlogik. Diese Logik erreicht aber mehr und mehr absurde Höhepunkte: Flexibilisierung, Auslagerungen und Umstrukturierungen kennzeichnen die momentane wirtschaftliche Lage. Unmenschliche Arbeitszeiten, Löhne unter dem Existenzminimum, unbezahlte Überstunden, prekäre Arbeitsbedingungen, Überwachung aller Lebensbereiche und unmenschlicher Sozialabbau schränken unser eh schon so gleichgeschaltetes Leben massiv ein.

Das kommt aber nicht von ungefähr: Der globale Kapitalismus braucht für sein Überleben immer neue Rahmenbedingungen. Die EU als politische Herrschaftsstruktur ist nur eine konsequente Weiterführung des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Menschen, die nicht ökonomisch verwertbar sind (bzw. sein wollen) oder nicht den genormten Verhaltensmustern der „europäischen Wertegemeinschaft" entsprechen (wollen), werden isoliert, abgestraft, abgeschoben oder massiv in ihrer persönlichen Freiheit bedroht. Das Spektrum reicht von der Abschaffung verschiedener Rechte und Errungenschaften bis hin zur existenziellen Bedrohung eines/r jeden Einzelnen.

So dreht sich der Kreis der kapitalistischen Verwertung immer weiter: Mehr Produktion, mehr Arbeitszwang, mehr Kontrolle und vor allem mehr Angst. Trotz enormer Überwachung und rigorosen Disziplinierungsmaßnahmen haben wir gesehen, dass dadurch die „Gefahr" sozialer Aufstände und Revolten weiterhin vorhanden ist. Dieses Problem ist den Eliten durchaus bewusst und sie fürchten nichts mehr als unkontrollierte, unvorhersehbare, dynamische und selbstorganisierte Bewegungen. Darum müssen sie (nicht erst seit heute) zu Mitteln greifen, welche die Menschen ruhig stellen sollen: Die zunehmende Militarisierung, das geistige sowie materielle Vorbereiten auf Kriege, die zunehmende Überwachung aller Lebensbereiche und die damit einhergehende Repression aller, die sich gegen diese Menschenverachtung stellen.

Militarisierung und Überwachung

Im Vertrag von Maastricht wurde die zweite Säule der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), verabschiedet. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 dient ein „Internationaler Terrorismus" als unhinterfragter Vorwand für innere Überwachung und militärische Aufrüstung. Das Gefühl der permanenten Unsicherheit wird jedoch nicht nur von der EU, den nationalen Regierungen, der Waffenlobby und den Rüstungskonzernen mitgetragen und um jeden Preis (finanziell) unterstützt; auch die im Zeichen der Herrschaft stehenden Wissenschaften, Print-, TV- und Radiomedien sind schon lang eine der wichtigsten „Täuschungsinstrumente", um die gewünschten Inhalte in der Öffentlichkeit legitimieren zu können.

Rassismus

Mensch kann einen zunehmenden „europäischen" Rassismus beobachten, der sich in einer zunehmend perfektionierten Abschottungspolitik äußert. Das Bedürfnis von Menschen auf ein Leben ohne Verfolgung und existenzielle Not wird beschnitten durch eine Immigrationspolitik, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des europäischen Kapitals. Ein perverser Widerspruch tut sich auf: An den Außengrenzen der EU, die sich der Welt gerne als die Schutz-Großmacht sogenannter Menschenrechte präsentiert, sterben jährlich mehrere tausend Menschen. Flüchtlinge, die der Not und existentiellen Bedrohung entkommen konnten, werden in menschenunwürdigen „Asyllagern" untergebracht. Die Nichtanerkennung politischer Verfolgung in Herkunftsländern, die Abschiebung traumatisierter Personen wegen unzureichender Asylprüfung, etc. - all das und mehr ist gängige Praxis und wird mittels Gesetzen legitimiert. Die EU schreckt beim „Ausbau zur Festung" auch nicht vor immensen Kosten zurück: So wurde 2003 in Thessaloniki beschlossen, bis zum Jahre 2008 390 Mio. Euro für „Grenzschutz" zu berappen! Die Illegalisierung von Menschen erreicht mit der EU-Asylpolitik einen nicht geahnten Höhepunkt.

Action!

Wir als Menschen mit antikapitalistischem und antifaschistischem Anspruch wollen dem nicht tatenlos zusehen. Wir empfinden uns als Teil einer weltweiten antikapitalistischen und antifaschistischen Bewegung, die in ihrer Vielfalt solidarisch zueinander stehen muss! Nur zusammen kann eine Welt, in welcher sich strukturell bedingte Ausbeutung immer stärker manifestiert, in eine andere, nämlich bessere, gerechtere überschwappen!

Heissen wir die EU- Verteidigungs- und AußenministerInnen im Namen einer globalen emanzipatorischen Bewegung willkommen und zeigen wir ihnen, dass sie und ihre menschenfeindliche Politik nicht erwünscht sind! Nicht in Innsbruck, Salzburg oder sonst wo!

Für eine Welt ohne Krieg, kapitalistische Verwertung, Ausgrenzung und religiöse Engstirnigkeit rufen wir auf zum gemeinsamen Widerstand gegen die EU-Treffen in Innsbruck und Salzburg!

Heissen wir die EU-Verteidigungs- und AussenministerInnen im Namen einer globalen emanzipatorischen Bewegung willkommen und zeigen wir ihnen, dass sie und ihre menschenfeindliche Politik nicht erwünscht sind!

über Österreich, EU-Ratspräsidentschaften, Herrschende und Kapitalismus...

Ab dem 1. Jänner 2006 übernimmt Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Nach 1998 ist dies das zweite Mal, dass sich der österreichische Staat und seine Eliten geehrt fühlen dürfen, diese „Diensleistung an Europa" bereitzustellen. In einer Vielzahl von EU-Gremien werden Menschen mit „österreichischer Nationalität" den Vorsitz übernehmen. Auf politischer Ebene sind das der Europäische Rat [1] und der Ministerrat [2]; auf BeamtenInnenebene sind das mehr als 250 Ausschüsse und Arbeitsgruppen. Insgesamt werden ca. 2000 EU-Sitzungen von „ÖsterreicherInnen" geleitet.

Oi! Ich bin PolitikerIn!

Nun brüsten sich also Österreichs Eliten mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe. Die offiziellen Zielsetzungen konzentrieren sich unter anderem auf „Arbeitsplätze und Wachstum schaffen", „das spezifische europäische Lebensmodell absichern und weiterentwicklen", „das Vertrauen der BürgerInnen in das europäische Projekt neu festigen" und „Europa als starken und verlässlichen Partner in der Welt beweisen". Wenn wir dies hier so aufzählen, dann weiß mensch gar nicht recht, wo mensch denn anfangen soll zu schimpfen... Aber probieren wir es:

„Arbeitsplätze und Wachstum schaffen."

Europa will also Arbeitsplätze und Wachstum schaffen. Spätestens seit Lenins Imperialismustheorie [3] wissen wir (ohne der Person Lenin huldigen zu wollen), dass der Kapitalismus - um zu überleben - nach stetigem Wachstum in Form noch grösserer Produktions- und Absatzmengen und jedes Jahr auf's neue nach noch höheren Profitraten durstet. Nun aber weiß mensch seit Bestehen des Kapitalismus, dass wirtschaftliches Wachstum (im Kapitalismus) nur einem kleinen, privilegierten Teil der Menschen nutzt. So schwafeln Europas und speziell Österreichs Eliten von Wachstum und Arbeitsplatzbeschaffung, denn „geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut". Wie erklären sich bestimmte Menschen aber steigende Profitraten bei gleichzeitig steigenden Arbeitslosenquoten? Zunehmende Armut innerhalb der Bevölkerung? Und zunehmende Verelendung ganzer Kontinente? Durch Flexibilisierung, Umstrukturierung und Auslagerung der Produktionsstätten in Billiglohnstaaten jedoch soll's uns allen irgendwann besser gehen. Der/die Einzelne müsse halt flexibler werden, den Gürtel enger schnallen und dann halt einmal auf bestimmte (im-)materielle Dinge [4] verzichten. Damit wir da jetzt auch überall mitspielen, lassen die Herrschenden von ihren Handlangern möglichst viele Kameras an allen Orten unseres gesellschaftlichen und privaten Lebens installieren, die unseren eh schon grausam monotonen Tagesablauf filmen sollen. Nicht mit uns! Denn wir haben andere Vorstellungen und Erwartungen vom Leben!

„Das spezifische europäische Lebensmodell absichern und weiterentwicklen."

Das ist der zweite Hauptpunkt, mit dem sich Österreichs Eliten primär beschäftigen wollen. Nun aber müssen wir uns fragen, was denn ein „spezifisches europäisches Lebensmodell" ist? Acht und eigentlich viel mehr Stunden pro Tag irgendwas Aufgezwungenes hackeln, sprich lohnabhängig sein, damit Wohnen, Essen, Versicherungen und „Spass haben" finanziert werden können - während sich 1 % der Menschen weltweit daran bereichern? Sich in Karriereillusionen verlieren? Sich mit einseitiger Bildung indoktrinieren lassen? Damit mensch auch sogenannte „Rechte" zugesprochen bekommt, die bei Bedarf sowieso ausser Kraft gesetzt werden? Sich von pseudo-pluralistischen Medien zuscheissen lassen? Beim rassistischen und sexistischen Grundkonsens mitsabbern? Dabei gefilmt werden? Nein, wir wollen keine Weiterentwicklung und schon gar keine Absicherung dieses Lebensmodells. Wir wollen wild, frei und selbstbestimmt leben - und dies auch jedem/r anderen zugestehen!

„Das Vertrauen der BürgerInnen in das europäische Projekt neu festigen."

Hier machen sich die Eliten eigentlich selbst zur Lachnummer. Das NEIN zur EU-Verfassung in den Niederlanden und Frankreich war noch immer nicht genug. Die Proteste gegen die Militarisierung auch nicht. Abgehoben und realitätsfremd wie die Herrschenden nun einmal sind, wollen sie speziell das Vertrauen in die Aufrüstung und Militarisierung (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, kurz ESVP) der EU und ihrer Mitgliedstaaten festigen. In ihrem eigenen Glauben gehört dies zu einer „umfassenden Sicherheitspolitik", die in Zeiten eines wie auch immer gearteten und instrumentalisierten „Internationalen Terrorismus" den Zustand der permanenten Leistungskonkurrenz aufrechterhalten und vertiefen soll. Wir wollen keine Konkurrenz, keinen Fundi- und Staatsterror und auch keine neuen Tötungsmaschinen! Wir vertrauen keinen Generälen, ManagerInnen und KonzernchefInnen!

„Europa als starken und verlässlichen Partner in der Welt beweisen."

Und damit wir auch den letzten inhaltlichen Punkt des Programms der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft besprechen: Der oben zitierte Gedanke ist wohl genau so alt wie das momentan bestehende Europa selber. Seit dem Zweiten Weltkrieg zanken sich Europas Herrschende um eine mehr oder weniger gemeinsame Vorherrschaft auf weltpolitischer und -wirtschaftlicher Ebene. Jetzt in der EU können auch solche „Zwerge" wie Österreich an der Macht (mit-)schnuppern. Im Rahmen der Ratspräsidentschaft wollen sich die österreichischen Eliten gegenüber den Eliten aus Frankreich, Deutschland oder Großbritannien als EU-bewusste MusterpolitikerInnen positionieren. Getrieben von ArschkriecherInnentum und Angst vor der eigenen Machtlosigkeit auf weltpolitischer Ebene versucht sich der österreichische RECHTSstaat auf EU-Ebene zu profilieren. Für Herr und Frau ÖsterreicherIn bleibt der Staat neutral, für Herr und Frau Herrschende gibt es den Artikel 23f B-VG [5]... Für uns gibt es die Entscheidung, sich dagegen zu wehren und dem etwas Anderes entgegenzusetzen!

Fazit!?

Es sind führende (Rüstungs-)Konzerne und Banken und die in deren Bündnis auftretende industrielle Landwirtschaft, die in erster Linie vom Binnenmarkt und einer gemeinsamen EU-Währung profitieren und den Binnenmarkt ganz nach der Logik des Kapitalismus ausweiten müssen. Derjenige Konzern oder dasjenige Land gewinnt, welchen es gelingt, real existierende, aber unterschiedlich verstreute ideale Ausbeutungs- und Infrastrukturbedingungen miteinander zu verbinden. Das entwickeltste Verkehrsnetz und das höchste technische Niveau, das in einigen Grossunternehmen - beispielsweise in Deutschland - erreicht wurde, muss mit einem niedrigen Lohnniveau - beispielsweise in Osteuropa - und „moderner Arbeitsorganisation", d. h. höchste Arbeitsintensität durch Flexibilisierung oder 1-Euro-Jobs und mit höchsten Subventionen - z.B. in Ostdeutschland - kombiniert werden.

Wir kombinieren unsere Hirne, unser Beobachtungsvermögen, unsere Leidenschaft und unsere Wut um dem nicht tatenlos zuzusehen!

[1] Der Europäische Rat ist das oberste Gremium der EU. In ihm sind alle Staats- und RegierungschefInnen sowie der/die PräsidentIn der Europäischen Kommission und die AußenministerInnen vertreten. Der Europäische Rat legt die politischen Leitlinien und Ziele fest, die es verbindlich einzuhalten gilt (Richtlinienkompetenz).

[2] Besser bekannt unter Rat der Europäischen Union; wichtigstes Entscheidungsorgan der EU.

[3] Ein Zitat Lenins aus seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus": „Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Eine solche Definition enthielte die Hauptsache, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf noch von keiner kapitalistischen Macht eroberte Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung des Territoriums der restlos aufgeteilten Erde."

[4] Ein „immaterielles Ding" wäre dann zum Beispiel Freiheit...

[5] Im Jahre 1998 (Nationalrats-Beschluss vom 18.06.1998) wurde ein Artikel in das Bundes-Verfassungsgesetz eingefügt, der eine Kriegsermächtigung Österreichs bedeutet. Es handelt sich hier um jenen Artikel 23f B-VG, der weder eine territoriale Einschränkung (z.B. „nur" EU-Raum) noch eine politische Voraussetzung vorsieht (z.B. Legitimierung durch die UNO). Der Bundeskanzler und die Aussenministerin entscheiden in diesem Falle alleine (!) über die Kriegsteilnahme - bei einer nachträglichen Einbindung des Parlaments im Falle einer Truppenentsendung. Neutral? Schon lange nicht mehr! (Vom GASP Text in dieser Broschüre.)

Wir kombinieren unsere Hirne, unser Beobachtungsvermögen, unsere Leidenschaft und unsere Wut um dem nicht tatenlos zuzusehen!

der **Kapitalismus** macht alles zur **Ware**

Egal, um was für eine Gesellschaftsform es sich handelt: Menschen sind auf einen Austausch untereinander und mit der Natur angewiesen. Zur Herstellung von Gebrauchswerten benötigen die Arbeitenden Produktionsmittel [1]. Folgende Faktoren sind wesentlich für die Bestimmung einer Gesellschaft: Wer verfügt über die Produktionsmittel, wie werden diese Eigentumsverhältnisse gesichert und was bedeutet das für NichtbesitzerInnen von Produktionsmitteln.

Die Arbeitskraft des Menschen ist im Kapitalismus eine Ware. Wie jede Ware wird sie ge- und verkauft. Die meisten Menschen müssen ihre Arbeitskraft an die BesitzerInnen von Produktionsmitteln (in Folge die EigentümerInnen) verkaufen, um mit dem Lohn ihre Grundbedürfnisse [2] zu decken.
Das Besondere an der Ware Arbeitskraft ist, dass sie mehr Wert produziert, als sie selber wert ist. Das heißt, dass der/die EigentümerIn die hergestellten Waren teurer verkaufen kann, als er/sie für Produktionsmittel und Arbeitskraft aufgewendet hat. Dieser Mehrwert ist die Grundlage für Ausbeutung auf der einen und Profit auf der anderen Seite. Soziale Kämpfe, die dagegen protestieren wie z.B.: Streiks, Landenteignungen und Fabrikbesetzungen oder aber auch in Form von Ladendiebstahl, Krankfeiern, Schwarzarbeit etc. sind gegenwärtig allerorts zu bemerken und kommen so in den Diskurs der Gesellschaft.

Um die Akzeptanz des Kapitalismus immer neu abzusichern, ist dieser ständig bemüht sich zu reartikulieren!

Kapitalismus wird heutzutage Neoliberalismus und nachhaltige Entwicklung genannt. Ausbeutung heißt Sachzwang. Imperialismus und Militarismus firmieren als „humanitäre Interventionen“ in der Außenpolitik. Vom Patriarchat spricht kein Mensch mehr. Nationalismus tarnt sich als Standortsicherung. Staatlicher Rassismus nennt sich Innere Sicherheit. Als Kriminalitätsbekämpfung getarnt werden politische Repression und Überwachung perfektioniert.

So wie die Nationalstaaten im 19. Jahrhundert entspricht die EU als staatlich-politische Instanz dem heutigen Entwicklungsstand des Kapitalismus: Außergewöhnliche Konzentration, hoher Aufwand für Forschung, Entwicklung und Herstellung von Produkten sowie verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die EU organisiert als bürokratische Diktatur die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, soziale Verelendung, ökologische Zerstörung und eine eurochauvinistische und rassistisch begründete Abschottung gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen aus dem Trikont und aus Osteuropa.
Die EU steht gegen emanzipatorische Bewegungen, gegen soziale Befreiung und gegen ein selbstbestimmtes Leben. Viele Betriebe beschäftigen einen Großteil ihrer Arbeitenden über Subunternehmen (Leihfirmen). So geht z.B. der Kündigungsschutz verloren, gewerkschaftliche Arbeit wird auf Grund des häufigen Arbeitsplatzwechsels fast unmöglich gemacht, ausländische KollegInnen werden aufgrund ihrer Not und Sprachschwierigkeiten hemmungslos ausgebeutet.

Im Kapitalismus interessiert sich der/die EigentümerIn in seiner/ihrer Rolle in der Produktion nur für die Ausbeutung der Lohnarbeit. Er/Sie stellt nur so viele LohnarbeiterInnen ein, wie er/sie zur Durchsetzung seiner/ihrer Profitinteressen braucht. Überschüssige Arbeitskräfte‘, also Arbeitslose, interessieren hierbei nur, wenn sie sich zur Drückung des Lohns oder der Qualität der Arbeitsbedingungen nutzen lassen. Aufgrund seines/ihres profitorientierten Interesses liegt es ihm/ihr fern, sozial ausgewogen zu handeln.

Hier zeigt sich, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, ökonomische Fortschritte auch in gesellschaftliche Fortschritte umzuwandeln. Obwohl viele Firmen und Konzerne jährlich große Gewinne einfahren, wird die Situation der Menschen kontinuierlich schlechter.

Wo Sozialforen und Gewerkschaften den Egoismus der EU beklagen, Sozialabbau zurückdrängen und Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen wir feststellen, dass auch demokratischer Kapitalismus Ausbeutung und Unterdrückung mit sich bringt. Denn wo der Kapitalismus Reichtum produziert, produziert er auch sein Gegenteil. Es ist schließlich kein Zufall, dass Mama EU nicht als Sozialstaat für alle konstituiert ist, sondern in neoliberaler Form den Ansprüchen des globalisierten Kapitalismus genügen will.

Die EU ist heute die aktuelle Form des kapitalistischen Projekts in Europa. Sie stellt die Rahmenbedingungen, unter welchen in Europa die kapitalistischen Verhältnisse produziert und reproduziert werden.

Der Kapitalismus hier ist der Kapitalismus dort!

Mit dem Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Staaten Osteuropas und dem fortschreitenden Zerfall der politischen Rahmenbedingungen, die es einigen Trikontstaaten erlaubten, geschützte Wirtschaftsräume aufrecht zu erhalten, gewinnt die neoliberale Ideologie scheinbar universelle Gültigkeit. Sichtbarer Ausdruck des neuen Status quo sind die umfangreichen Privatisierungen ehemals öffentlicher Einrichtungen und Güter, die bislang aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess ausgeschlossen waren.
Mit der Schaffung neuer Anlagemöglichkeiten folgen Privatisierungen und Liberalisierungen dem ökonomischen „Sachzwang“,

den die kapitalistische Notwendigkeit nach stetiger Ausweitung erzeugt. Mit der marktwirtschaftlichen Durchdringung weiterer gesellschaftlicher Räume wird dadurch gleichzeitig eine (globale) Enteignungsökonomie fortgeführt.

Diese Ausweitung vollzieht sich geografisch, wobei die bislang umfangreichsten Privatisierungen in den osteuropäischen Staaten durchgesetzt wurden. Dieser Prozess betriff selbstverständlich auch die westlichen Gesellschaften. Im Zuge der Privatisierung von öffentlich zugänglichen Dienstleistungen (Entsorgung von Abwasser und Müll; Versorgung mit Wasser und Energie; Kommunikation; Verkehr; Gesundheit; Bildung etc.) werden staatliche soziale Rechte, die den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen, zumindest theoretisch, garantieren, durch das Recht auf deren Kauf ersetzt.

Durch die Privatisierung von Dienstleistungen werden gesellschaftliche Grundbedürfnisse der marktwirtschaftlichen Logik untergeordnet. Folglich werden auch ehemals verstaatlichte DienstleistungsanbieterInnen (Telefon, Gesundheitsvorsorge, Pensionsversicherung, etc.) dem Profitzwang ausgesetzt. Es hat sich in jüngerer Vergangenheit gezeigt, dass sowohl weltweit als auch in Österreich z.B. im Bereich des öffentliche Verkehrs eine Privatisierung zu höheren Preisen, Personalabbau im Unternehmen (geringere Personalkosten) und mangelhaftem Instandhaltungsverhalten geführt hat.

Gleichzeitig wetteifern verschiedene Staaten um die Vorherrschaft in der EU. Die Regionen außerhalb der kapitalistischen Zentren sind heute LieferantInnen von Rohstoffen, Lebensmitteln und Billigwaren, Absatzmärkte für Industrieprodukte aus den Metropolen und Reservoir für Arbeitskräfte.

Österreichische Konzerne und Banken berreichern sich im Osten

Die OMV schaffte es durch Investitionen und direkte Einflussnahme in Osteuropa alle hiesigen Rekorde zu brechen. In Tschechien, Kroatien, Slowenien und der Slowakei ist der OMV-Mineralölkonzern die absolute Nummer 1. In Rumänien sind die Benzin- und Heizölpreise nach der Übernahme des ehem. staatlichen Rumänischen Ölkonzerns Petrom durch die OMV auf EU-Durchschnitt angestiegen. Das Durchschnittseinkommen in Rumänien beträgt aber ungefähr 150 Euro im Monat (MinisterInnengehälter inbegriffen). Während OMV im Osten Europas expandiert hat die OMV ihr Personal in Österreich in nur 10 Jahren um mehr als die Hälfte reduziert und die Löhne drastisch gesenkt. Doch auch den Petrom MitarbeiterInnen blüht ähnliches, ein Stellenabbau von 30.000 Personen ist, laut ExpertenInnen, durchaus realistisch.

Auch der ausländische Bankenbereich ist für das österreichische Kapital zunehmend profitabler. Hingewiesen sei hier etwa auf die österreichische Raiffeisen Zentralbank, die im Mai 2001 die rumänische Banca Agricola kaufte. Durch die anhaltende Expansion konnten die RZB-Tochterbanken rund 550 Niederlassungen in Zentral- und Osteuropa aufbauen. Aber auch die anderen österreichischen Banken sind im Ausland kräftig im Vormarsch. So kaufte beispielsweise die Erste Bank 2005 den größten Anteil der Rumänischen Bank BCR und bezahlte dafür einen Rekordübernahmepreis von 3,75 Mrd. Euro.

Nicht nur OMV und die Raiffeisen Zentralbank setzten mit ihrer Investionstrategie auf den Osten. 14,1 Milliarden Euro investierten österreichische Unternehmen im letzten Jahr in die neuen östlichen EU-Länder und sicherten sich den ersten Platz mit 23,2 Prozent des gesamten Investitionsvolumens in der Rangliste der größten Einzelinvestoren. Insgesamt sind die österreichischen Direktinvestitionen in Osteuropa seit 1989 um 63 Prozent gestiegen.

Aber auch in anderen Teilen der Erde sind österreichische Global Player am Werken. Da sind die Ölbohrungen der OMV im bürgerkriegsgezeichneten Sudan, von denen sich die OMV nach viel öffentlicher Empörung nur sehr zögerlich und nur vorläufig trennte. Erst vor kurzem kaufte die OMV die Erdölsparte des deutschen Mischkonzerns TUI (zugleich Besitzer der gleichnamigen Reisebüros). TUI, also nunmehr die OMV, bohrt und exploriert u.a. in Ecuador und Venezuela. Durch diese Investitionen greift die OMV finanziell aktiv in den im benachbarten Kolumbien wütenden BürgerInnenkrieg ein. Durch die Investition der OMV in den Krisengebieten unterstützt sie die jeweiligen Staaten bei ihren Menschenrechtsverletzungen (u. a. Ermordung von GewerkschafterInnen durch Paramilitärs).

Nicht zu vergessen sind die Waffenexporte Österreichs an Staaten in Afrika, Ex-Jugoslawien und anderen Regionen der Welt. Vor allem in Österreich produzierte Landminen töten und verstümmeln noch immer jedes Jahr tausende von Menschen.

Bei den Investitionen der ÖMV und anderer Exponenten des österreichischen Kapitals geht es um Macht und Einfluss auf die Politik des jeweiligen Landes. Institutionen wie der IWF und die Weltbank, GATT/WTO und seitens der EU das Lomé-Abkommen [3] erzwangen nach der Entkolonialisierung die Öffnung der Märkte im Trikont für europäisches Kapital und Waren, Privatisierung von Infrastruktur und Böden, Abbau von Sozial- und Gesundheitsausgaben und Lohnkürzungen.

Als Folge davon leben Dreiviertel der Menschheit in Armut. Analphabetismus, Unterernährung und Krankheiten sind weitere Folgen der kapitalistischen Logik. Kapitalismus bedeutet Ausbeutung der Arbeit mittels Lohnsklaverei! Kapitalismus bedeutet (v. a. in der Dritten Welt) Tod durch Hunger, Folter und Krieg. Täglich sterben ca. 100.000 Menschen an Hunger!

Die Versuche einzelner Länder dem System der Profitmaximierung zu entrinnen sind bisher gescheitert: Grund dafür sind die erzwungene Abhängigkeit aller Regionen vom kapitalistischen Weltmarkt und die militärische Überlegenheit der imperialistischen Staaten. Deren Blutspur zieht sich von Algerien und Vietnam über Angola und Nicaragua, Chile und Zaire bis hin zu Panama, Kurdistan, dem Balkan und den Kriegen am Golf.

Banken und Konzerne, die herrschenden Eliten innerhalb der verelendenden Trikontstaaten sowie ein marginaler Teil der Bevölkerung in Westeuropa, Nordamerika und Japan profitieren von diesen Verhältnissen. Doch auch hier sind die Folgen des Kapitalismus spürbar: Erwerbslosigkeit, Verelendung und mangelhafte Ernährung nehmen zu.

[1] Produktionsmittel: sind alle Gegenstände die zusammen mit der Ware Arbeitskraft zur Produktion von Waren nötig sind, in einer Tischlerei z.B.: sämtliche Maschinen, Werkstätte und dazugehörende Technik, Lagerplatz, Fahrzeuge und Rohstoffe.

[2] Grundbedürfnisse: Alles was der Mensch zum Leben braucht, was das genau ist, bestimmt meist der gesellschaftliche Standard. Miete, Lebensmittel, Information, Mobilität, soziale Kontakte, etc.

[3] Das Lomé-Abkommen ist ein nach der Togolesischen Hauptstadt Lomé benanntes Abkommen der EU-Staaten mit 71 Entwicklungsländern in Afrika, Karibik und Pazifik (AKP-Staaten). Als Folge der 1995 vollzogenen Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich hinsichtlich der AKP-EU-Beziehungen eine Reihe von Reformerfordernissen ergeben. Diesen ist in dem im Juni 2000 unterzeichneten Cotonou-Abkommen Rechnung getragen worden. Diese neue Rechtsgrundlage der AKP-EU-Beziehungen hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Während einer Übergangsperiode, die sich bis Ende 2007 erstreckt, gelten die Bestimmungen des ausgelaufenen Lomé-Abkommens weiter. Ab 1. Januar 2008 bekommen die WTO-konformen Regeln Gültigkeit.

Formale Gleichheit in der totalen Ungleichheit

Einerseits ist es ein weit verbreiteter Irrglaube, die soziale Ungleichheit zwischen Mann und Frau sei „natürlich", andererseits kann mensch nur deuten, ob dies „immer schon so gewesen" ist. Ganz sicher ist nur: Das Geschlechterverhältnis ist ein Produkt des menschlichen Zusammenlebens und aus diesem Grunde änderbar! Es ist falsch, dass diese soziale Ungleichheit ein biologisch bedingtes Schicksal ist.

Mit der Entwicklung und Festigung des Privateigentums nahm die patriarchal organisierte Familie jene Gestalt an, in der wir sie auch heutzutage vorfinden. Sie dient als wichtige, unersetzliche Institution für die Erhaltung des Privateigentums, u. a. durch Erbschaft. Das Verhältnis zwischen Mann und Frau ist heute jenes Ausbeutungsverhältnis, ohne das die kapitalistische Produktionsweise nicht möglich wäre.

Die bürgerlichen Wissenschaften in EU-Europa und Nordamerika überschlagen sich mittlerweile mit der Darstellung der Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen in islamischen Ländern. Obgleich mensch die Diskriminierung der Frauen in diesen Ländern gar nicht abstreiten oder verharmlosen kann, sei festgehalten, dass das Patriarchat auf der ganzen Welt als systematische und strukturelle Unterdrückung der Frauen unsere Verhältnisse bestimmt. Die westlichen Länder und hier speziell das sich als überaus emanzipatorisch darstellende EU-Europa können auf keinen Fall ausgenommen werden!

Die Unterdrückung der Frauen hat verschiedene Formen, die von Kontinent zu Kontinent, von Staat zu Staat verschieden sind. Mensch könnte behaupten, dass Frauen innerhalb der EU-Staaten Glück hatten, nicht in Traditionen hineingeboren zu sein, die zB. die Genitalverstümmelung praktizieren. Doch finden sich auch innerhalb der EU zahlreiche gesellschaftliche Praktiken, die Frauen diskriminieren und die, direkt auf den weiblichen Körper einwirken und unter denen Frauen psychisch wie physisch zu leiden haben. So zwingt vor allem das weibliche Schönheitsideal viele Frauen dazu, alles zu unternehmen um diesem Ideal zu entsprechen.

Kapitalismus + Patriarchat = Gleichstellung???

Doch geht es innerhalb der EU vielmehr um die Verwertung der Arbeitskraft von Frauen. Die EU dient zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Rechtsverhältnisse und strebt beispielsweise verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit an. Es sind demnach nicht frauenemanzipatorische Gesichtspunkte, die die EU-Gremien vertreten. Eher geht es der EU darum, die Frauenpolitik in perfekter Übereinstimmung mit der Wirtschaft und damit den Interessen des Gesamtkapitals voranzubringen. Auf der ständigen Suche nach Profitmaximierung hat das Kapital nun neue Formen der Ausbeutung von Frauen entwickelt: Gefragt ist einerseits die leistungswillige, hoch qualifizierte Karrierefrau, die ihren „Mann" stehen und sich den gegebenen Normen und Strukturen anpassen soll. So entsteht ein individualistisches Emanzipationsverständnis, das nur die Karriere der einzelnen Frau kennt und den kollektiven Anspruch auf eine Befreiung aller Frauen verdrängt. Andererseits soll die Frau unter anderem durch Flexibilisierung verwertet werden: Teilzeitarbeit, Job-Sharing, Arbeit auf Abruf, Ausweitung der täglichen Arbeitszeit und Nachtarbeit ermöglichen die perfektionierte Ausbeutung der Arbeitskraft von Frauen.

Dabei scheint es, als ob sich die Interessen der Frauen nach besserer Vereinbarkeit von Erwerbs- und Hausarbeit mit den Interessen des Kapitals nach besserer Ausbeutung durch Flexibilisierung decken. Die Mehrheit der Frauen, die noch immer alleine für Haushalt und Kindererziehung zuständig sind, können oder wollen keine Vollzeittätigkeiten annehmen, was die Unternehmen massiv ausnutzen. Frauenerwerbsarbeit wird nicht mehr nur nach ihrer Reservearmeefunktion [1] betrachtet, sie ist heute notwendig und ganz fix in das Funktionieren des Kapitalismus integriert. Kapitalistische Wirtschaftsstrukturen und das Patriarchat werden als Rahmenbedingungen für eine EU-Gleichstellungspolitik akzeptiert. Folgerichtig heisst dies: Formale Gleichheit in der totalen Ungleichheit des kapitalistischen Systems!

Zunehmende Verarmung und Gewalt gegen Frauen

Weltweit gehören Frauen zu den Ärmsten der Armen. Innerhalb des Kapitalismus sind sie strukturell benachteiligt und leisten weltweit zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, erhalten aber nur zehn Prozent des Welteinkommens und besitzen nur ein Prozent des Weltvermögens. In allen Teilen der Welt sehen sich Frauen mit verschiedenen Formen von Gewalt, Misshandlung, Demütigung und Ungerechtigkeit konfrontiert: Schläge, Vergewaltigungen, sexuelle Versklavung, körperliche und seelische Verstümmelung. Sie reichen von Gewalt in der Familie, Demütigung durch Ehemänner und Schwiegermütter bis hin zu rechtlicher Unterdrückung. Die Grausamkeiten patriarchaler Traditionen durch Burkas, Zwangsheirat, Kinderhochzeiten und Polygamie zerstören das Leben zahlloser junger Frauen. In westlichen Ländern verwandeln sich die feudalen Ketten in moderne Sklaverei in den Fabriken, Bürohäusern, Bordellen und natürlich im Haushalt.

Durch Privatisierungen im sozialen Bereich und die damit verbundene propagierte „Eigenverantwortlichkeit" werden Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung dazu gezwungen, gesellschaftlich notwendige Aufgaben zurück in

die einzelne Familie zu tragen (Am Tag Kinder erziehen und in der Nacht zB. als Krankenschwester im Nachtdienst arbeiten). Durch diese zunehmende Arbeitsintensivierung, den psychischen Verelendungstendenzen und der wachsenden Isolation des/der Einzelnen in dieser Gesellschaft bekommt vor allem die Reproduktionsarbeit, die von Frauen täglich geleistet wird, einen wichtigen Stellenwert für das uneingeschränkte Funktionieren des Kapitalismus. So ein Alltagsleben schafft keine Ausbruchsmöglichkeiten für Frauen - im Gegenteil: Sie wird vermehrt in ihre traditionelle Frauenrolle hineingezwängt.

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt führt in den wenigsten Fällen zu einem Einkommen, das die Existenz unabhängig vom Mann sichert. EU-Europa als kapitalistisch-patriarchale Gesellschaft eröffnet Frauen keine neuen Emanzipationsspielräume, sondern führt zu einer massiven Verschlechterung der Situation von Frauen in allen Lebensbereichen.

Rassismus und Subausbeutung

Die rassistische Hetze gegen „arabisch" oder „orientalisch" aussehende Menschen, die in der öffentlichen Diskussion zu „Terrorverdächtigen" erklärt werden, nimmt seit dem 11. September 2001 auch innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten zu. Diese Hetze bewegt sich in den Bahnen der weitaus länger andauernden Debatten über Migration, deren Ziel es war und ist, „Fremde" mit Hilfe von rassistischen und kulturalistischen Stereotypen als Bedrohung zu inszenieren, zu konstruieren und für den kapitalistischen Verwertungsprozess auszusortieren. Gesellschaften wie in Afghanistan oder im Irak erscheinen so einerseits als barbarisches Gegenstück zur „freien westlichen Welt", andererseits werden Flüchtlinge nach dem Grad der Verwertbarkeit für das Kapital unter Kriterien wie Geschlecht, Familienstand, Ausbildung, Alter, politische Gesinnung, Hautfarbe, etc. aussortiert. In der EU leben deshalb einige Millionen Menschen mit so genanntem „illegalen Status".

In den durch imperialistisches Interesse gestifteten und durch Verhetzung, Rassismus, Chauvinismus und Nationalismus geschürten Kriegen sind es die Frauen, die die größte Last tragen: Sie müssen aus den Ländern, in denen der Krieg stattfindet, fliehen, die Verwundeten versorgen, ihre Kinder oft allein ernähren und sind Vergewaltigungen (v. a. durch Soldaten) ausgesetzt.

Viele Frauen sehen sich demnach gezwungen ihr Zuhause, ihren Sprachraum, ihre FreundInnen und ihre Familien zu verlassen. Sie fliehen vor Kriegen, vor Verfolgung wegen eigener politischer Aktivitäten, Widerstand und geschlechtsspezifischer Armut. Sie suchen Arbeit, ökonomische und politische Sicherheit. Sie haben die Kraft und den Mut aufgebracht, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Selbstbestimmungsrecht als Frau, wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Lesbenverfolgung, Berufsverbote und Kleidervorschriften zu wehren und zu fliehen. Nun ist aber auch innerhalb der EU das Leben vieler Migrantinnen durch ein spezifisches Zusammenwirken von Rassismus, Sexismus und Ausbeutung gekennzeichnet. Das beginnt damit, dass die Frauen zunehmend gezwungen sind, „illegal" in die abgeschotteten EU-Staaten einzureisen. Dabei sind sie unter anderem auch auf Fluchthelfer angewiesen - mit dem Risiko, von diesen nicht nur finanziell, sondern auch sexuell missbraucht zu werden. Dies setzt sich fort in einer Asylpraxis, die Frauen in der Regel nicht als asylberechtigt anerkennt, da ihre Fluchtgründe ignoriert und entpolitisiert werden. Kommen Migrantinnen als Ehefrauen nach EU-Europa, sind sie in höchstem Maße dem Mann ausgeliefert, da ihr Aufenthaltsrecht über Jahre von ihm abhängt.

Migrantinnen, sei es mit illegalem oder legalem Status, finden sich nicht nur in den miesesten Arbeitsverhältnissen wieder, sondern ihre Situation führt häufig zu einer Subausbeutung von Klasse und Geschlecht. Dies ist zB. dann der Fall, wenn Frauen des europäischen Bürgertums oder Mittelstandes Migrantinnen als billige Putzfrau, Haushälterin oder Kindermädchen beschäftigen. Im Unterschied zu Ehemännern haben Frauen nämlich keineN, der/die ihnen für ihre von der Wirtschaft geforderte Karriere den Rücken freihält. Es ist ein Trend, sich mehr Zeit für die eigene Karriere durch Beschäftigung solcher billigen Arbeitskräfte zu erkaufen.

Kampf dem Rassismus und Sexismus in den Köpfen!

Die rassistischen und (hetero-)sexistischen Gewaltverhältnisse durchdringen alle gesellschaftlichen Bereiche und Zusammenhänge, die eigenen eingeschlossen. Wenn mensch nun feststellt, dass diese Verhältnisse allgegenwärtig sind, so muss mensch auch erkennen, dass Migrantinnen unter diesen Verhältnissen noch mehr zu leiden haben.

Beispiel: Eine schwarze Busfahrerin oder eine Romafrau hinter dem Bankschalter würden auffallen, eine putzende „Ausländerin" erstaunt hingegen keinen Menschen. Die alltägliche Erfahrung, Migrantinnen vor allem dort anzutreffen, wo es unter anderem darum geht, den österreichischen/europäischen Dreck wegzumachen, entwickelt und verstärkt den Rassismus und Sexismus in den Köpfen. Die Allgegenwärtigkeit dieser Bilder und Erfahrungen untergräbt Vorstellungen von einem Leben ohne soziale Hierarchien. Auch deshalb ist die aktive Solidarität mit Migrantinnen und ein entschlossenes Vorgehen gegen die herrschenden Gewaltverhältnisse gefordert.

Fortschrittliche Forderungen können einerseits nur sein: Eigenständiges Aufenthaltsrecht für geflüchtete Frauen und MigrantInnen, und die Anerkennung (hetero-)sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund!

Andererseits müssen Forderungen von Feministinnen aus dem Trikont, „Europa nicht ohne den Rest der Welt zu denken", als Kampfansage gegen das kapitalistische Projekt EU verstanden werden. Die Emanzipation der Frauen in Europa darf nicht auf Kosten von Frauen aus anderen Teilen der Welt erfolgen!

„Frauen haben nichts zu verlieren, außer ihre Ketten!"

Wer also auf Lösungen durch die (EU-)Gesetzgebung hofft, wie die bürgerliche Frauenbewegung, gibt sich dem kapitalistischen Schein hin. Eine Frauenbefreiung - und damit eine Befreiung der ganzen Gesellschaft - ist nur dann möglich, wenn sämtliche kapitalistischen und patriachalen Verhältnisse beseitigt werden. Wir wollen nicht die Hälfte des Himmels oder des Reichtums - wir wollen die Beseitigung der herrschenden Verhältnisse! Frauen haben sich in zahlreichen Befreiungsbewegungen - ob als Kämpferinnen gegen den Nationalsozialismus, als Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg oder als Stadtguerillakämpferinnen in Westdeutschland - als Vorkämpferinnen einer weltweiten Befreiungsbewegung ausgezeichnet.

Um eine freie Gesellschaft zu erreichen, in der die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Profitzwang und die Verwertbarkeit der Natur und des Menschen im Zentrum stehen, ist es notwendig, dass die Frauen wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit erlangen und in allen Bereichen der Gesellschaft gleichberechtigt teilnehmen. Erst wenn dies erreicht und das Verhältnis zwischen Mann und Frau das Verhältnis zwischen Mensch und Mensch ist - was im Kapitalismus unmöglich ist - wird eine befreite Gesellschaft entstehen können!

[1] Der Begriff „industrielle Reservearmee" kommt von der Marx´schen Analyse. Die industrielle Reservearmee sind arbeitslose Menschen, die die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen verstärken. Das funktioniert deshalb, weil diese stets ausbeutbar und auch bereit sind, den Job eines momentan arbeitenden Menschen um weniger Lohn auszuüben. Aus diesem Grund fallen die Löhne schneller, um so höher die Arbeitslosenzahlen sind.

smash centralism

smash centralism

smash centralism

Wirtschaft rules!
Die Geschichte politischer Systeme ist von einer ständig zunehmenden Zentralisierung der politischen Entscheidungsebenen bestimmt. Diese Entwicklung verläuft weitgehend parallel zur Zentrierung wirtschaftlicher Macht in den Händen von übernational agierenden Konzernen. Ziel ist es, den Notwendigkeiten globaler kapitalistischer Vermarktung gerecht zu werden. Den Unternehmen soll eine Spielwiese geboten werden, die einen ungehinderten Warenverkehr, die schnelle Verlagerung von Kapital und eine effiziente Ausbeutung von Arbeitskraft möglich macht. Dabei schwindet der Einfluss der Menschen auf die betriebene Politik zusehends.

Form und Richtung der Entscheidungsfindung in zentralistischen Gebilden wie der EU machen eine öffentliche Diskussion über die Gestaltung von Gesellschaft und eine daraus hervorgehende Selbstbestimmung der Menschen unmöglich.

Von Oben nach Unten
Derzeit gestaltet sich die Hierarchie von Entscheidungsebenen in umgekehrten Verhältnis zu deren demokratischer Legitimation. Globale Abkommen beschränken den politischen Handlungsspielraum von Staatenverbänden (zB. EU), welche wiederum jenen der Nationalstaaten eingrenzen, jene wiederum den der Länder/Regionen und in weitere Folge den der Städte und Kommunen. Das bedeutet, dass prinzipielle Entscheidungen über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung in den bürokratischen Mühlen der EU, oder in Foren wie WTO oder WEF getroffen werden. Deren VertreterInnen wurden gar nicht oder zumindest nicht direkt gewählt. Dabei wird die Möglichkeit der Menschen, ihr Zusammenleben selbst zu gestalten immer weiter eingeschränkt und die von oben diktierten Vorgaben als eine Art naturgesetzlicher Notwendigkeit verkauft. Am Ende, so scheint es, bleibt für den öffentlichen Diskurs nur mehr die Diskussion wie mensch sich den vorgegebenen Entwicklungen am besten anpasst.

Selbst bestimmen!
Mit der territorialen Ausweitung der politischen Gebilde wird und wurde die Funktion der Repräsentation immer wichtiger. Menschen werden dazu angehalten ihre Stimme (im doppelten Sinn des Wortes) an eineN VertreterIn abzugeben. Die Ebene auf welcher die Diskussion geführt und Entscheidungen getroffen werden, wird damit von der Gesellschaft ins Parlament, oder andere politische Institutionen gehoben. Den Menschen bleibt dabei die Rolle der ZuschauerInnen, die sich dieser oder jener Position verbundener fühlen - und dies durch ihre Stimmabgabe in periodisch wiederkehrenden Wahlen ausdrücken können. Ihr äußerst beschränkter Einfluss auf die Themen oder den Verlauf des Diskurses kann damit jedoch kaum überdeckt werden.

Selbstbestimmung erfordert eine Dezentralisierung der Diskussions- und Entscheidungsebenen auf überschaubare Lebenszusammenhänge. Sie kann nur funktionieren, wenn Menschen direkt an der Beratung und Entschlussfassung über Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, teilnehmen können.

Von Unten nach Oben
Hier soll nicht einem Modell voneinander isolierter Kommunen oder gar einer Rückkehr zum Nationalstaat das Wort geredet werden. Vielmehr geht es darum, die Entscheidungsprozesse umzukehren. Forderungen nach einer Demokratisierung der EU oder globaler Institutionen wie der WTO greifen zu kurz. Entscheidungen müssen aufgrund der eigenen Lebenszusammenhänge, die ein Abbild der globalen Gemeinschaft darstellen, getroffen werden. Themen, die den Autonomiebereich der einzelnen Kommunen überschreiten, können dann auf Basis der eigenen Erfahrungen auf nächst höherer Ebene beraten werden. Zwar sind auch hier RepräsentantInnen unumgänglich, jedoch können diese, ausgestattet mit einem imperativen Mandat [1], Entscheidungen ausschließlich auf Grundlage der Basisbeschlüsse treffen. Die Richtung der Entscheidungsfindung wird dadurch umgekehrt und verläuft nun von unten nach oben.

Ein oftmals vorgebrachter Einwand gegen ein solches radikaldemokratisches Modell ist das angebliche Desinteresse der Menschen, die oft zitierte Politikverdrossenheit. Dass oftmals ein durch das Gefühl der Ohnmacht hervorgerufenes Desinteresse existiert, mag durchaus diagnostiziert werden. Das fast schon euphorische Engagement vieler Menschen beim Wiederentdecken der eigenen Stärke spricht jedoch eine andere Sprache. Ein jüngeres Beispiel dafür bieten die in der argentinischen Krise entstandenen Asambleas (Stadtteilversammlungen) [2], die sich regen Zulaufs erfreuten und in denen (vorbei an allen staatlichen Institutionen) Nachbarschaftshilfe, Tauschmärkte und Wiederinstandsetzungen geschlossener Fabriken organisiert wurden [3]. Ein weiteres Beispiel sind auch die neuen sozialen und antikapitalistischen Bewegungen, die weltweit versuchen eine Gegenöffentlichkeit zu bilden.

Um nicht in den Sog des Zentralismus zu geraten gilt es, auch um den Preis keinen schnellen realpolitischen Einfluss zu gewinnen, sich nicht auf das Spiel in den bestehenden Hierarchien einzulassen, sondern eigene, neue Organisationsstrukturen aufzubauen!

[1] Ein imperatives Mandat bedeutet, dass einE RepräsentantIn nicht seine/ihre, sondern die Meinung der ihn entsendenden Versammlung zu vertreten hat. Des weiteren ist er/sie jederzeit abwählbar.
[2] Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Piqueteros
[3] Vgl.: Colectivo Situaciones: „Que se vayan todos! - Krise und Widerstand in Argentinien", Assoziation A (Berlin)

build self-organised communities!

der Europäische Sicherheits-Congress in Innsbruck (ESCI) - institutionalisierte Kriegswissenschaft!

Vom 9. bis 11. September 2005 trafen sich in Innsbruck dutzende Sicherheits- und VerteidigungsexpertInnen, um über die zukünftigen und gegenwärtige Kriege zu diskutieren. Anwesend waren unter anderem Vertreter der NATO, „Spezialisten" des österreichischen Bundesheeres und der deutschen Bundeswehr, sowie Mitglieder des österreichischen Verteidigungsministeriums. Selbstverständlich dürfte unter den Referenten auch der Beauftragte für die militärpolitischen Aspekte während der österreichischen EU Ratspräsidentschaft nicht fehlen!

Organisiert wurde der ESCI von der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik unter der Leitung von Prof. Alexander Siedschlag, der unter anderem auch in einer Studiengruppe „NATO Research Fellow" tätig ist. Siedschlags Ziel ist es: Auch die Bevölkerung in den wissenschaftlichen Diskurs über Kriege einzubinden. Die Aussage des Rektors der Innsbrucker Universität Gantner hierzu kann durchaus als Drohung missverstanden werden: „Die Universität wird überwiegend von den Steuerzahlern finanziert und die sollen auch wissen, dass sie etwas davon haben."

Öffentliche Unterstützung für Kriegstreiber

Konkretes zur Sicherheitsprofessur: Geldgeber für den Lehrstuhl von Alexander Siedschlag ist das österreichische Bundesministerium für Landesverteidigung, unter der Führung von ÖVP Minister Platter. Die jährlichen Kosten belaufen sich hierbei auf 160.000,- Euro. Ein Schelm wer hierbei die „Freiheit der Universitätslehre" gefährdet sieht oder den Lehrstuhl als einen durch die ÖVP finanzierte Kriegswissenschaft bezeichnet. Dass dies jedoch der Wahrheit entspricht, beweißt Siedschlag selbst. Er meint: „Das Verteidigungs-, aber auch das Außen- oder auch Innenministerium sind sehr offen für politikwissenschaftliche Analysen." In Zeiten von bildungspolitischen Kahlschlägen und Streichung von Studiengängen müssen eben Prioritäten in der Universitätspolitik gesetzt werden.

Von Seiten führender Köpfe innerhalb der Universität wurde der Congress massiv unterstützt. Ganz „unparteiisch" äußert sich beispielsweise auch der Rektor der Universität Innsbruck Gantner: Er spricht vom sich abzeichnenden „Clash der Kulturen" und lobt im gleichen Atemzug die „friedenssichernde Forschung" des ESCI. Auch die StudentInnen wurden über den ESCI informiert. Selbstverständlich bekamen die OrganisatorInnen die Möglichkeit alle Innsbrucker StudentInnen per Mail über das „Treffen der KriegsspezialistInnen" zu informieren. Natürlich ließ es sich auch die Tiroler Landesregierung nicht nehmen einen Empfang für die Brigadiere, Kommandanten und Spezialisten zu organisieren! Von selbst versteht sich, dass der ORF die Berichterstattung über den ESCI übernahm.

Finanziert wird der Congress (Kosten 20.000,- Euro) unter anderem von der Eurofighter Hersteller Firma „EADS". Interessant ist hierbei der „herzzerreißende" Einwurf des Vizerektors Wieser, der sich vehement gegen Einflüsse der Wirtschaft in der Uni zur Wehr setzt und gleichzeitig kein Problem mit Rüstungsunternehmen als Sponsoren hat. Er meint: „Die Lehr- und Forschungsfreiheit muss gegeben sein." (Anmerkung: 160.000,- vom Verteidigungsministerium und 20.000,- von Rüstungsfirmen!) Dass die finanziellen Mittel auch „gut investiert" sind, beweißt die Übernahme der Übernachtungs- und Verpflegungskosten für alle Fortragenden in einem 4 Sterne Hotel. Und da die Herrn und Frauen KriegstreiberInnen sich kein Mittagessen leisten können, wird dies selbstverständlich von Tiroler Bäuerinnen organisiert und vom ESCI finanziert.

Zusammenarbeit zwischen Universität und Bundesheer soll intensiviert werden

Eines der Hauptziele Siedschlags ist die Zusammenarbeit zwischen Universität und Bundesheer (!!!) weiter zu vertiefen. Erwähnenswert erscheint ihm aber, dass er von einem umfassenden Sicherheitsbegriff ausgeht, der soziale und gesellschaftliche Sicherheit mit einbezieht. Jedoch bei näherer Betrachtung der KongressteilnehmerInnen (ak KriegstreiberInnen) und des Programms sind keine SpezialistInnen für gesellschaftliche Grundsicherung, Armutsbekämpfung oder ähnliches anwesend. Auch die Leitfragen behandeln nicht die von Siedschlag bezeichnete „umfassende Sicherheit" der Menschen. Dagegen wird die „Akzeptanz des gläsernen Menschen als notwendiges Übel" und die „Verteidigung der EU und Österreichs am Hindukusch" in Afghanistan diskutiert.

Abschließend nur noch die Anmerkung, dass dieser Congress laut Siedschlag zu einer fixen Institution mit internationalen ReferentInnen werden soll und ab heuer jährlich stattfinden wird! Institutionalisierte Kriegswissenschaft eben!

http://www.esci.at

die GASP - das Instrument der europäischen Eliten für kollektive Eroberungs- und Ausbeutungstouren

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 als zweite der drei Säulen der EU errichtet. Eine rechtliche Grundlage der zweiten Säule ist der Europäische Unionsvertrag (EUV). Die GASP ist in diesem Vertrag im Titel I: Art. 2, 3 und Titel V: Art. 11-28 geregelt. Die EU beansprucht in diesem Artikel nicht nur die „Wahrung gemeinsamer Werte, Interessen und Unabhängigkeit", sondern auf den ersten Blick auch solche - vom Anspruch her - menschenfreundliche Werte wie „Sicherheit und Solidarität", „Friedenswahrung", „internationale Zusammenarbeit", „Stärkung der Demokratie" und „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten". Dass diese angebliche „Achtung" aber in der Realität eine „Ächtung" der Menschenrechte darstellt, beweisen die jüngsten Vorfälle an der EU-Südgrenze in Ceuta und Melilla (Spanien). Dort wurden über ein dutzend Menschen bei dem Versuch nach EU-Europa zu gelangen von der Polizei erschossen!

Krieg als Schutz der „europäischen Werte"?

Jene Werte also, auf welche sich die EU stützen will, sollen nun durch die GASP und speziell durch die in Nizza im Jahre 2000 beschlossene Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gesichert werden. Zu den Instrumenten, die zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung dieser Werte genützt werden, zählen nicht nur gemeinsame Strategien, Standpunkte und Aktionen, sondern auch so genannte „Erkundungsmissionen", sowie militärische Krisenreaktionskräfte. Dass es sich hier um nichts anderes als reine Begriffsspielerei und -verschleierung im Sinne einer Legitimation von Kriegen handelt, soll im Folgenden erläutert werden.

Der GASP und hier speziell der in diese eingebettete ESVP sollen drei Organe zum „Erfolg" verhelfen:

• Das „Institute for Security Studies" (ISS)

Das EU-Institut für Sicherheitsstudien (ISS) hat seinen Sitz in Paris. Es erstellt Studien, die die Grundlage für Verhandlungen und Entscheidungen in der GASP sein sollen. Hier ist festzustellen, dass sich die EU zur Legitimation ihrer zukünftigen Kriege pseudo-wissenschaftlich abgesegnete Studien zurechtlegt: Bedrohungsszenarien werden unter dem Deckmantel des „Internationalen Terrorismus" konstruiert und für eine europäische Öffentlichkeit zusammengestöpselt. Durch verschiedenste Konstruktionen soll die Legitimation für Kriege nach „außen" geschaffen werden (sog. „friedenssichernde" und „friedenserhaltende Maßnahmen", „humanitäre Interventionen"). Auf der anderen Seite soll ein Bedürfnis nach umfassenden Kontroll- und Sicherheitsstrukturen bei den Menschen erweckt und etabliert werden. So werden der uneingeschränkte Zugang zu persönlichen Daten, die zunehmende Ausweitung polizeilicher Befugnisse und die Aufnahme biometrischer Daten in Pässe leichter argumentier- und durchsetzbar.

• Das „European Union Satellite Centre" EUSC

Als zweites Organ fungiert das am 1. Januar 2002 in Betrieb genommene EU-Satellitenzentrum (EUSC) in Torrejón bei Madrid. Durch eine angeblich immer wichtiger werdende satellitengestützte Fernaufklärung und Kriegsführung spielt dieses Satellitenzentrum für die zukünftigen Kriege der EU eine zentrale Rolle. Nicht erst seit heute analysieren die selbsternannten MilitärstrategInnen Satellitenbilder, um sich auf Angriffe vorzubereiten. Dass sich die EU mittels Satelliten positionieren will, passt nur zu gut zu einer angehenden Weltmacht, die sich globale Ressourcen sichern will. Wichtig ist, dass diese militärischen Ambitionen unter dem kapitalistischen Paradigma der Machtausweitung zu Gunsten des europäischen Kapitals verstanden werden.

• Die „European Defence Agency" (EDA)

Beim dritten Organ handelt es sich um eine Art Generalstab für Militäroperationen und für den Erwerb von Bomben und Panzern: Ganz neutral wird es mit Europäische Verteidigungsagentur (EVA) benannt. Das Ziel dieser ist, die noch immer eher national ausgerichteten Rüstungsindustrien (es gibt z.B. noch keinen einheitlichen EU-Abfangjäger, sondern bestimmte Mitgliedstaaten stellen jeweils ihre eigenen Modelle her) auf eine gemeinsame Produktion umzustrukturieren. Das spart nicht nur Geld, sondern dadurch können wesentlich kostengünstiger Kampfjets und ähnliches hergestellt werden. Der österreichische Verteidigungsminister Platter sieht hier unter anderem einen „Impuls für die österreichische Industrie". Einmal mehr wird durch die europäische Vernetzung der Waffenproduktion bewiesen, dass Kriege eine zwingende Notwendigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem darstellen.

Headlinegoal 2010
- die globale Kriegsfähigkeit der EU

Mit dem „Vertrag über eine Verfassung für die Europäische Union“, unterzeichnet am 29. Oktober 2004 von allen 25 Staats- und Regierungschefs und den drei KandidatInnenländern, wurde das Ziel einer globalen Kriegsfähigkeit der EU beschlossen. Auch wenn eine EU-Verfassung an französischen und niederländischen Referenden vorerst gescheitert ist, soll dies trotzdem bis zum Jahr 2010 erreicht werden. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft spielt hierin eine wichtige Rolle, die diesen ins Stocken geratenen Prozess der Verhandlungen einer EU-Verfassung wieder aufnehmen möchte.

Aber nicht erst die Verfassung würde die EU „kriegsfähig“ machen...

Die MinisterInnen der EU-Staaten einigten sich bei ihren Treffen in Köln und Helsinki im Jahr 1999 darauf, eine „Verbesserung der militärischen Fähigkeiten“ zu vereinbaren. Dies meint ganz simpel: (Gemeinsame) Aufrüstung und Integration des Militärbündnisses WEU (Westeuropäische Union) in die EU! Jeder Staat trägt also schon seit einiger Zeit dazu bei, eine gemeinsame Streitkraft aufzubauen - was in der schon erläuterten ESVP vereinbart wurde. Dies alles findet seinen konkreten Ausdruck auf folgende Weise: 60.000 SoldatInnen sollen innerhalb von 60 Tagen reagieren und für mindestens ein Jahr im Einsatz bleiben können. Die verschiedenen Verteidigungsminister einigten sich bei „Beitragskonferenzen“ auf ein Gesamtkontingent von 100.000 SoldatInnen, 400 Flugzeugen und 100 Kriegsschiffen.

3.500 SoldatInnen aus dem neutralen Österreich?

Verteidigungsminister Platter stellt für diese Vereinbarungen 3500 „österreichische“ SoldatInnen zur Verfügung. Wer hier vermutet, dass es sich einmal mehr um einen schlichten Bruch „immerwährender Neutralität“ handelt, dem/der sei gesagt, dass schon im Jahre 1998 (Nationalrats-Beschluss vom 18.06.1998) ein Artikel in das Bundes-Verfassungsgesetz eingefügt wurde, der eine Kriegsermächtigung Österreichs bedeutet. Es handelt sich hier um den Artikel 23f B-VG, der weder eine territoriale Einschränkung (zB. nur EU-Raum) noch eine politische Voraussetzung vorsieht (zB. Legitimierung durch die UNO). Der Bundeskanzler und die Außenministerin würden über die Kriegsteilnahme Österreichs - bei einer nachträglichen Einbindung des Parlaments im Falle einer Truppenentsendung - alleine (!) entscheiden. Neutral? Schon lange nicht mehr!

Battle Groups

Und es gibt noch mehr: Nationale Armeen haben seit dem 22. November 2004 die Möglichkeit, sich EU-weit zu sogenannten „Battle Groups“ („Schlachtgruppen“; momentan 13 an der Zahl) zusammenzuschließen. Das Ziel dieser „Schlachtgruppen“, bestehend jeweils aus 1.500 SoldatInnen, ist eine hochflexible Kriegsführung: Binnen 10 - 15 Tagen stehen sie zu so genannten „Kriseninterventionen“ zur Verfügung. Diese kleinen Killerkommandos sollen in einer Entfernung von maximal 6000 km für mindestens vier Monate im Einsatz bleiben und eventuelle Vorbereitungen für den Einsatz größerer Einsatztruppen übernehmen. Bis 2007 soll dies umgesetzt werden. Auch Österreich beteiligt sich mit 200 SoldatInnen (Infanterie, ABC-Einheiten und Pioniere) an einer dieser „Battle Groups“.

Let‘s kill!

Mensch sieht also: Die EU rüstet im Sinne des europäischen Kapitals für kommende militärische Einsätze unter europäischer Leitung. Mittels verschleiernder Begrifflichkeiten sollen wir für Kriege geistig vorbereitet werden. Die MinisterInnen der EU bzw. der Nationalstaaten brauchen für eine EU Armee militärische Durchschlagskraft, um im Sinne des Kapitals handeln zu können. Die Tötung von Menschen gilt hierbei als „Kollateralschaden“!

Das Ziel dieser „Schlachtgruppen“, bestehend jeweils aus 1.500 SoldatInnen, ist eine hochflexible Kriegsführung: Binnen 10 - 15 Tagen stehen sie zu so genannten „Kriseninterventionen“ zur Verfügung. Diese kleinen Killerkommandos sollen in einer Entfernung von maximal 6000 km für mindestens vier Monate im Einsatz bleiben und eventuelle Vorbereitungen für den Einsatz größerer Einsatztruppen übernehmen.

Festung Europa

Die Abschottung der Europäischen Union

Die Militarisierung der Europäischen Union findet ihren Ausdruck nicht zuletzt in der militärisch-polizeilichen Abschottung der Außengrenzen, an denen Jahr für Jahr tausende ImmigrantInnen den Tod finden. An den Aussengrenzen werden militärische Maßnahmen ergriffen, um „Eindringlinge" direkt an der Grenze abzufangen und sie möglichst schnell und geräuschlos wieder in ihre Herkunftsländer oder bedenkliche Drittstaaten abzuschieben. Gleichzeitig werden innerhalb der Staaten die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um AsylwerberInnen zu kriminalisieren, Asylverfahren zu erschweren, die Schubhaft auszuweiten und Abschiebungen zu vereinfachen. Die Festung Europa entsteht sozusagen an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Militär. Das heißt, dass versucht wird, mit der Hilfe der Medien unter der Bevölkerung Angst und Fremdenhass zu schüren, um eine Basis für das politische Handeln der Staaten zu schaffen. Dadurch wird dem Prozess der Militarisierung der Weg geebnet und die Legitimation menschenfeindlicher Asylgesetze wird vereinfacht. Die neoliberalistische Wirtschaft unterstützt dieses System einerseits wegen des unmittelbaren Profits durch Aufrüstung etc. und andererseits, weil globale wirtschaftliche Ungleichheiten die Globalisierung am Leben erhalten.

Der Ausbau der Festung

Ende des Jahres 2004 vereinbarte die Europäische Union Maßnahmen, um die „Festung Europa", die bereits 1992 durch die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) und 2000 in Nizza durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zementiert worden war, auszubauen. Die Grenzen sollten noch unüberwindbarer für MigrantInnen und Asylwerber werden.

Die Rolle der ESVP

In der ESVP ist neben den militärischen Zielen auch ein ziviler Bereich verankert. Im Zuge dessen ist in einem Entwicklungsplan, der bis 2008 vollzogen werden soll, vor allem ein Schwerpunkt auf die finanzielle Unterstützung und Entwicklung von Polizeiapparat und Rechtsstaat festzustellen. Bei einem Treffen in Luxemburg 2004 legten die MinisterInnen der 25 EU-Staaten die Grundlage für ein gemeinsames Asylsystem, eine EU-Grenzschutztruppe, die Einführung biometrischer Daten in Pässen und Visa sowie den stärkeren Austausch von Informationen zwischen Polizeikräften und Geheimdiensten.

Die Maßnahmen für die Abschottung

Die Maßnahmen sind im sogenannten Haager Programm, einem Fünf-Jahres-Plan für Europa als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" festgeschrieben worden. Nach einem flüchtigen Hinweis auf die Notwendigkeit, „Schutz in Übereinstimmung mit der Genfer Flüchtlingskonvention zu gewähren", handeln die wichtigsten Vorschläge fast ausschließlich davon, wie dem Staat mehr Rechte eingeräumt werden, und nicht davon, wie die des Individuums zu erweitern wären. Unter anderem wurde vereinbart:

- Ein gemeinsames Asylverfahren und ein einheitlicher Status für diejenigen, denen Asyl gewährt wurde.
- Die Sicherstellung einer effektiven Abschiebe- und Rückführungspolitik.
- Ein integriertes Managementsystem zum Schutz der äußeren Grenzen und die Stärkung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen.
- Die Einführung biometrischer Daten in Reisedokumenten, Visen, Aufenthaltsgenehmigungen und Pässen im EU-Visainformationssystem (VIS).
- Die Intensivierung der praktischen Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Zollbehörden der Mitgliedsstaaten sowie mit Europol.

Die Sicherung der Festung nach außen

Der erste Schritt in diesem Ausbau der Festung ist, die Grenzen der Festung Europa zu verstärken. Dies wird vor allem bei den neuen Mitgliedsländern im Osten forciert, da diese Länder an Nicht-EU-Staaten grenzen. Das Haager Programm drängt auf verstärkte politisch-militärische Koordination an den Süd- und Ostgrenzen, um diese Länder an der Außengrenze „in die Lage zu versetzen, die Migration besser handhaben und adäquaten Schutz für die Flüchtlinge bereitstellen zu können." Mit anderen Worten: Die reicheren Nationen West- und Nordeuropas wollen in den neu aufgenommenen Ländern mehr Grenztruppen, die sogenannte „illegale ImmigrantInnen" zurückweisen können. Die Regierungen in Warschau (Polen), Budapest (Ungarn), Ljubljana (Slowenien), Bratislava (Slowakei), Talin (Estland), Riga (Litauen) und Vilnius (Lettland) sind damit beauftragt, die neuen Grenzen der Europäischen Union zu verteidigen. Im Mittelmeerraum steht Valetta (Malta) seit Mai 2004 neben Spanien und Italien in der Frontlinie gegen diejenigen, die versuchen, die EU von Afrika aus zu erreichen.

Das Dokument fordert weiters ein „integriertes Managementsystem für die Außengrenzen, die Verstärkung der Kontrollen sowie die Überwachung der Außengrenzen der Union". Den neuen Mitgliedern sollen Kapital, ExpertInnen und Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden, um sicherzustellen, dass die Außengrenzen der EU so undurchdringlich wie möglich gemacht werden.

Kritik am Haager Programm

In einem offenen Brief kritisiert auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International das Haager Programm, weil es „einseitig den Sicherheitsaspekt' zu Lasten der Elemente Recht' und Freiheit'" betone: „Die Tatsache, dass es bei Asyl in erster Linie um ein Menschenrecht geht, scheint bei all den Diskussionen über den Umgang mit Einwanderung vergessen worden zu sein." Das Arbeitsprogramm der EU auf den Gebieten Justiz und Innenpolitik sei „zunehmend von der Bekämpfung des Terrorismus und der Bekämpfung illegaler Einwanderung' geprägt", heißt es in dem Brief der Organisation.

Die Sicherung der Festung nach Innen

Der zweite Schritt neben Sicherung der Grenzen nach außen ist der fremdenpolizeiliche Mechanismus, der bei AsylwerberInnen und ImmigrantInnen, die sich bereits innerhalb der Staatsgrenzen befinden, in Gang gesetzt wird. Schon 2003 war auf der Zusammenkunft des Europarats in Thessaloniki beschlossen worden, für den Schutz des „Raums der Freiheit, der Sicherheit, und des Rechts“ (!) im Zeitraum von 2004 bis 2006 140 Mio. Euro zu widmen. Das bedeutet 140 Mio. Euro für Grenzschutz, ein gesamteuropäisches „Rückführungsaktionsprogramm“ - also Organisation und Legitimation von Abschiebungen und Kettenabschiebungen und die Entwicklung des VIS, des Visa Informationssystems. Mit diesem Informationssystem wird die Kriminalisierung von MigrantInnen an die Spitze getrieben, denn solche Daten werden sonst nur bei Verdächtigen eines Verbrechens aufgenommen. Weiters sollen Grenzschutzzentren vermehrt an den Grenzen, Flug- und Seehäfen errichtet werden, um eventuelle AsylantragstellerInnen bereits am Ankunftsort abzufangen und wieder abzuschieben.

Kurzer Blick auf Österreich

Die Prüfung der AntragstellerInnen erfolgt in Österreich durch die Fremdenpolizei. Die Entscheidungskapazität der Fremdenpolizei wurde mit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes am 1. Januar 2006 dezentralisiert, um für die BeamtInnen in den Grenzschutzzentren mehr Kompetenzen zu gewährleisten. Abschiebung passiert nun schon an den Grenzen der EU - und der Trend geht dazu, schon vor den Mauern der Festung Europa Flüchtlingsauffanglager zu errichten.

Die zukünftige Entwicklung der Festung

Bereits 2004 brachte der damalige deutsche Innenminister Otto Schily auf einem informellen Innen- und JustizministerInnentreffen den Vorschlag ein, in Algerien, Marokko, Libyen, Tunesien und Mauretanien „Aufnahmezentren“ für Flüchtlinge einzurichten. Zu diesen „Aufnahmezentren“ gehören aber nicht nur ein paar Büros, sondern auch Unterkünfte für tausende, wenn nicht hunderttausende Flüchtlinge. Jeder weitere Kommentar ist hier wohl überflüssig!

Seit Dezember 2005 existieren nach bilateralen Verträgen zwischen Spanien und Marokko in Marokko erste extraterritoriale Auffanglager für unbegleitet minderjährige Flüchtlinge. Dieses Lagerkonzept dürfte bald auch auf andere nordafrikanische Staaten übertragen werden; vor allem mit dem ehemaligen „Schurkenstaat“ Libyen sind die Verhandlungen schon weit fortgeschritten. Gerade Marokko hat in den letzten Monaten bewiesen, welcher Umgang mit Flüchtlingen dort gepflegt wird: Mehr als ein Dutzend MigrantInnen wurden Ende September 2005 bei dem Versuch, in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla einzudringen, erschossen. Hunderte Flüchtlinge werden in Miltärlager gesperrt. Im besseren Fall werden sie per Charterflug in ein Land deportiert, aus dem sie angeblich kommen. MigrantInnen wurden aber auch schon mit Lastwagen mitten in die Wüste gefahren und zum Teil in vermintem Gelände ihrem Schicksal ohne Wasser und Nahrung überlassen.

Auch Österreich spiel hierin keine unwesentliche Rolle, geht es nach den Plänen von Innenministerin Prokop. Sie will in der Periode des österreichischen EU-Vorsitzes neue „Schutzzonen“ (aka Flüchlingsterritorien) in der Ukraine und in Tansania einrichten. Vorallem hat das Projekt in Tansania bereits konkrete Formen angenommen. So sollen Umschichtungen von EU-Entwicklungshilfe hin in den Sicherheitsbereich erfolgen, um dieses Vorhaben realisieren zu können. Damit soll unter österreichischer Führung ein Projekt des Haager Programmes umgesetzt werden. Eine ähnliche Strategie verfolgte offenbar auch die britische Regierung, die bereits Anfang 2004 die Abschiebung somalischer Asylsuchender in Lager in Tansania plante, wie die britische Zeitung The Guardian im Februar 2004 kolportierte. Die Leidtragenden sind dabei neben den Flüchtlingen selbst die Länder, in denen die Flüchtlingsschutzprogramme lanciert werden und die aufgrund ihrer entwicklungspolitischen Verwicklungen kaum Möglichkeiten haben, die „partnerschaftlichen Angebote“ der EU-Staaten abzulehnen.

Flucht ist kein Verbrechen. Flucht hat Gründe, und nicht alle dieser Gründe sind in der Genfer Flüchtlingskonvention verankert. Flucht aus wirtschaftlichen Gründen, wie zB. vor Armut oder Hunger ist immer noch nicht anerkannt, obwohl (und vielleicht gerade weil) die EU durch die Ausbeutung wirtschaftlich unterentwickelter Länder diesen Fluchtgrund mitverursacht. Gegen Abschiebung hingegen kann nicht berufen werden. Schubhaft bedeutet Haft ohne Delikt. Abschiebung ist ein Verbrechen. Jeder Mensch, der beim Versuch der Einwanderung oder bei seiner Abschiebung stirbt, wurde ermordet!

Die Mauern der Festung Europa werden aus Angst, Blut und Leichen gebaut!

Kein Mensch ist illegal! Fight Fortress Europe!

Schubhaft in Österreich

Schubhaft, was ist das?

Bei der Schubhaft handelt es sich juristisch gesehen nicht um eine (Straf-)Haft sondern um eine Anhaltung. Das bedeutet, dass es dabei keiner richterlichen Anordnung bedarf. Schubhaft wird ohne Haftprüfung von BeamtInnen einer Verwaltungsbehörde verordnet. Vollzogen wird diese Zwangsmaßnahme zumeist in Polizeianhaltezentren (PAZ) wo AsylwerberInnen und MigrantInnen bis zu zehn Monate festgehalten werden können. Dies soll, so die Rechtfertigung des Staates, den reibungslosen Ablauf angeblich notwendiger Abschiebungen sichern.

Schubhaft, wen betrifft das?

Schubhaft richtet sich einzig und allein gegen „Fremde", also gegen Menschen die nicht in das Konstrukt des „Inländers" passen. Diese Tatsache zeigt bereits den grundsätzlich rassistischen Charakter dieser Freiheitsberaubung. Konkret betroffen sind einerseits Menschen die sich hier „illegal" aufhalten, zB. weil sie keine (gültigen) Papiere vorweisen können.
Der Verhängung der Schubhaft geht in diesem Fall üblicherweise die Erlassung eines Aufenthaltsverbotes voraus. Dabei reicht als Begründung ein Verstoß gegen das Meldegesetz ebenso aus wie das „Verbrechen" mittellos oder eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit" zu sein. Allein in Österreich sind davon jährlich mehrere tausend Menschen betroffen. [1] Andererseits sind auch AsylwerberInnen betroffen deren Verfahren in Österreich (noch) nicht zugelassen wurden, etwa weil zuerst geprüft wird, ob ein anderer EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein könnte. Oft vergehen bereits Monate bis zur Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen für ein Asylverfahren überhaupt gegeben sind. In diesem Zusammenhang spielt die Dublin II-Verordnung [2] der EU eine Rolle. Frauen trifft die Bedrohung durch Schubhaft besonders hart. Haben sie durch eine Familienzusammenführung oder Heirat den Aufenthaltstitel erhalten, sind sie völlig von ihrem Mann abhängig, da eine Scheidung die Ausweisung zur Folge haben könnte. Frauen und Mädchen die als Sexarbeiterinnen nach Österreich verkauft werden, hält oft die Furcht vor einer Abschiebung von der Flucht vor ihren Zuhältern ab. [3] Ausserdem werden viele frauenspezifische Fluchtgründe wie Vergewaltigung nicht als solche anerkannt. Das neue Fremdenrecht [4] macht es (unter bestimmten Umständen) sogar möglich, Menschen, die als Kinder von MigrantInnen in Österreich geboren wurden, in Schubhaft zu nehmen und abzuschieben.

Für alle, die von einer möglichen Schubhaft bedroht sind, gilt, dass sie durch die restriktive Gesetzgebung sowie den rassistischen Konsens in der mehrheitsösterreichischen Bevölkerung zu einem unmenschlichen und präkeren Lebensstil gezwungen werden. Sie werden dadurch in ausbeuterische Wohn- und Arbeitsverhältnisse gezwungen um überleben zu können.

Schubhaft, wie ist das?

Der Alltag in einem Anhaltezentrum der Polizei ist vor allem eines: eintönig. Im Gegensatz zu Häftlingen in Justizstrafanstalten gibt es für Schubhäftlinge kaum Angebote, die der geistigen Zerstreuung, körperlichen Betätigung oder sonstigen Ablenkung dienen. Dazu kommen die unmenschlichen Bedingungen der Haft: bis zu 22 Stunden am Tag in engen, oft überfüllten Zellen; schlechtes Essen und unzureichende medizinische Versorgung; eingeschränkter Zugang zu sanitären Einrichtungen (die Insassen der Salzburger Schubhaft dürfen nur ein mal pro Woche duschen, und das obwohl viele von ihnen an Kleidung nur das besitzen was sie am Leib tragen!). Dazu kommt, dass über Grund und Dauer der Anhaltung meist kaum oder gar nicht informiert wird. Die einengende Gefangenschaft, die unzumutbaren Zustände, der psychische Druck und vor allem die Ungewissheit treiben Menschen immer wieder zu Hungerstreiks und Selbstverstümmelungen. Für viele ist das der einzige Weg der Haft zu entkommen oder dagegen zu protestieren.
Die Gefängnispolizei reagiert auf diese Form des Protests meist mit Straf- und Disziplinierungsmaßnahmen.
Sie verschärft damit die psychische und physische Krise in der sich die Gefangenen befinden. Auch Suizidversuche sind häufig und enden immer wieder tötlich. Das Bundesministerium für Inneres macht zwar keine offiziellen Angaben über die genaue Anzahl der Fälle, trotzdem werden mit beängstigender Regelmäßigkeit Todesfälle bekannt [5], zuletzt am 5. Oktober 2005 in der Linzer Schubhaft [6]. Um widerstrebendes Verhalten zu brechen, dürfen Disziplinierungsmaßnahmen eingesetzt werden. Dazu gehört neben dem Verabreichen von Drogen auch die Verhängung von Isolationshaft, welche üblicherweise mit dem „Schutz vor Selbstbeschädigungen" gerechtfertigt wird. Mit dem am 1. Jänner 2006 in Kraft getretenen „Fremdenrechtspaket 2005" wurde erstmals auch eine Zwangsernährung von Hungerstreikenden ins Programm der staatlichen Foltermittel aufgenommen! Mit der Asyl- und Fremdengesetznovelle wurden die Schubhaftbedingungen zudem massiv verschärft.
So kann die Haftdauer in Zukunft nicht bis zu sechs, sondern bis zu zehn Monaten dauern!

Seit 1998 werden vom Innenministerium NGOs mit der sozialen und humanitären Betreuung von Schubhäftlingen beauftragt. Die anhaltende Kritik internationaler Menschenrechtsorganisationen an den katastrophalen Zuständen in österreichischen Abschiebeknästen führte zur Einführung dieser Einrichtung.
Die Aufgaben der Schubhaftbetreuung reichen von der materiellen Grundversorgung über rechtliche Beratung bis hin zu psychologischer Betreuung und Intervention in Krisenfällen. Allerdings gehört auch die Vorbereitung auf Abschiebungen zu ihren Aufgaben und eine generelle Schweigepflicht zu ihren Verpflichtungen. „Präventive Maßnahmen" sollen Konfliktpoten-

tiale möglichst klein halten. So kann die unmittelbare Situation von Schubhäftlingen zwar oft verbessert, die Institution Schubhaft als ganzes aber nicht in Frage gestellt (geschweige denn bekämpft) werden. Die Schubhaftbetreuung soll zwar das Schlimmste verhindern, trägt dadurch aber auch dazu bei, eine routinemäßige Durchführung fremdenpolizeilicher Zwangsmaßnahmen sicherzustellen. Seit einiger Zeit wird, ebenfalls im Auftrag des Innenministeriums, im Rahmen des Asylverfahrens eine Rückkehrberatung durchgeführt. Diese soll, vor dem Hintergrund der Illegalisierung und Festhaltung in Abschiebelagern, Flüchtlinge zu einer „freiwilligen" Rückkehr in ihre Herkunftsländer bewegen. Dieses „Angebot" mag in einzelnen Fällen zwar durchaus hilfreich sein, von Freiwilligkeit kann angesichts drohender Zwangsernährung und anderer Disziplinierungsmaßnahmen aber keine Rede sein. Dazu kommt, dass u. a. profitorientierte Dienstleistungsunternehmen wie European Homecare mit der Durchführung beauftragt worden sind.

Den wahren Zweck der Rückkehrberatung offenbarte eine im November 2002 öffentlich gewordene interne Mitteilung des BMI an European Homecare, aus der hervor ging, dass es nicht schaden würde, „wenn bei den Beratenen der Eindruck eines zügig abgewickelten Asylverfahrens entstünde, an dessen (baldigem) Ende (erwartungsgemäß rechtskräftige Antragsabweisung) die entsprechenden fremdenrechtlichen Verfügungen bzw. Zwangsmaßnahmen stehen." [7] Ziel ist also eine möglichst effiziente Reduzierung der Zahl der in Bundesbetreuung (oder Anhaltezentren) untergebrachten Flüchtlinge.

Schubhaft - die Grenze ist überall!

Der Abbau von Grenzen, wie ihn die EU für sich beansprucht, bedeutet in Wirklichkeit ihre Ausweitung nach Innen und Außen. Zusätzlich zur militärischen Bewachung der Schengengrenze werden die Kontrollmöglichkeiten der Polizei im Hinterland ausgebaut. Das bedeutet für MigrantInnen neue, örtlich nicht vorhersehbare Grenzen, die sich im System der Schubhaft am deutlichsten manifestieren.

Abschiebung ist Folter - Abschiebung ist Mord!

Der Tod von Marcus Omofuma [8] zeigte deutlich, dass Mord in der staatlichen Abschiebepraxis nicht nur möglich ist, sondern auch in Kauf genommen wird. Dabei spielt nicht nur die unmittelbare Gewaltanwendung welche MigrantInnen während einer Abschiebung erfahren eine Rolle. Für viele bedeutet die erzwungene Rückkehr in die Verhältnisse vor denen sie geflohen sind an sich schon eine Lebensbedrohung!

Die Zustände verbessern?

Alle Menschen müssen zunächst gleiche politische und soziale Rechte haben - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sozialem Status und Geschlecht. Differenzierende Instrumente wie Schubhaft und Abschiebung, rassistische Gesetze und Praxen können nicht verbessert, sondern nur verhindert und abgeschafft werden. Sie sorgen dafür, dass Menschen rassistisch ausgegrenzt werden und andere davon profitieren. Rassismus liegt ihnen existenziell zu Grunde. Abschiebungen unmöglich zu machen und MigrantInnen aktiv zu unterstützen, ist praktische Solidarität und ziviler Ungehorsam gegen institutionalisierte Rassismen. [9]

Wir rufen dazu auf, Flüchtlinge und MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen!

[1] Aufenthaltsverbote in Österreich pro Jahr:
- 2000: 12.703
- 2001: 16.387
- 2002: 16.691
- 2003: 15.057
- 2004: 9.132

Insgesamt waren in Österreich bis Ende 2004 76.178 Aufenthaltsverbote aufrecht. Davon 29.848 wegen Mittellosigkeit, 16.463 wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit". (Quelle: BMI)

[2] Die so genannte Dublin II-Verordnung ist eine Verordnung der Europäischen Union, nach der der EU-Mitgliedstaat bestimmt wird, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Grundgedanke der Verordnung ist, dass jedeR Asylsuchende nur einen Asylantrag innerhalb der Europäischen Union stellen können soll. Welcher Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, wird durch die in der Verordnung genannten Kriterien bestimmt. Stellt der/die Asylsuchende dennoch in einem anderen Mitgliedstaat seinen/ihren Asylantrag, wird kein Asylverfahren durchgeführt und der/die Asylsuchende in den zuständigen Staat deportiert. Die Kriterien zur Bestimmung der Zuständigkeit folgen im Wesentlichen dem Grundgedanken, dass der Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein soll, der die Einreise veranlasst oder nicht verhindert hat.

[3] Frauen, die der sexuellen Ausbeutung entkommen indem sie ihre Zuhälter anzeigen, kann selbst das zum Verhängnis werden. Prostitution kann als Grund für die Erteilung eines Aufenthaltsverbotes dienen!

[4] Tritt am 1. Jänner 2006 in Kraft. Wurde am 7. Juli 2005 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Freiheitlichen im Parlament beschlossen.

[5] Selbstmorde in Schubhaft - eine Chronologie: No-racism.net

[6] Berichte zum Tod von Yankuba Ceesay: [1] / [2]

[7] Informationen dazu auf No-racism.net. Website des Unternehmens EU-Homecare.

[8] Im Dezember 1998 kam Marcus Omofuma in Schubhaft. Am 1. Mai 1999 sollte er mit dem Flugzeug über Sofia nach Nigeria abgeschoben werden. Während des Fluges schnürten die drei begleitenden Polizeibeamten seinen Brustkorb mit Klebebändern ein und verklebten ihm den Mund sowie die Nase, woran er schließlich erstickte.

[9] Aus: Schubhaft abschaffen! - Flugblatt zur Forderung nach sofortiger Abschaffung der Schubhaft: Informationen zur Schubhaft, Abschottung, Asylverfahren und Kriminalisierung, Jänner 2004.

Neue Überwachungsstrategien als Disziplinierungsmaßnahmen

Riesige Datenmengen entstehen heute in Unternehmen, in Forschungsprojekten, in Verwaltungen oder im Internet. Data Mining ermöglicht das automatische Auswerten solcher Datenbestände mit Hilfe von statistischen Verfahren, künstlichen neuronalen Netzwerken, Fuzzy-Clustering Verfahren oder genetischen Algorithmen. Ziel dabei ist das Aufspüren von Regeln und Mustern bzw. statistischen Auffälligkeiten. So lassen sich zB. Änderungen im Verhalten von KundenInnen oder KundenInnengruppen aufspüren und Geschäftsstrategien können darauf ausgerichtet werden. Gleiches gilt für politische Parteien, die sich dieser Technologie bedienen um politisches Kapital daraus zu schlagen. Es kann aber auch „abweichendes" Verhalten einzelner Personen erkannt werden. Dies ruft DatenschützerInnen auf den Plan, welche die Anwendung der Verfahren des Data Mining kritisch begleiten.

Sicherung der Herrschaft durch Datenerfassung

Der Datenhunger verschiedener privater und öffentlicher Institutionen steigt in letzter Zeit sprunghaft an und greift vermehrt in die Daten-Integrität bzw. Privatsphäre des Einzelnen ein. Aber warum? Um dies verstehen zu können, bedarf es eines kurzen Exkurs: Ein Staat besteht im Grunde nur deswegen, weil eine Übereinkunft geschlossen wurde, wonach freie Einzelpersonen gewisse Rechte an eine neu geschaffene Instanz abtreten, sei es einem Fürsten oder einer Regierung, um ihre Freiheit dadurch zu stärken, dass sie ihre Sicherheit sozialisieren. Die Problematik dabei ist, dass die Autoritäten - einmal eingesetzt -, keiner Kontrolle unterliegen. „Doch!", ist mensch versucht zu sagen. Wer zur Wahl geht, hat auch die Wahlmöglichkeit und kann gegebenenfalls Parteien abwählen. Wenn sich aber das Politsystem so entwickelt hat und alles unternimmt, dass es zu keiner grundlegenden Veränderung mehr kommen kann, sei es in der Vereinnahmung verschiedener Insitutionen wie Medien, Wissenschaft und Bildung etc. oder in der Etablierung einer einseitigen Politszenerie, so ist die vorangegangene Behauptung falsch.

Diese Entwicklung ist deshalb so problematisch, da es dem augenblicklichen System nicht gelingt auf wichtige gesellschaftspolitische Probleme Antworten parat zu haben. Eine verständliche Reaktion seitens der Regierenden ist repressive Techniken anzuwenden, um ein Aufbegehren von Grund auf zu unterbinden. Eine Technik ist das Eindringen in die Privatsphäre des Einzelnen und das Sammeln zahlreicher Daten, die es der herrschenden Klasse erlaubt, Widerstände bereits im Vorfeld zu glätten. Damit können politische Führungsparteien ihre derzeitige Situation stabilisieren, indem sie die gewonnenen Informationen auswerten und entsprechend handeln.

Ein Beispiel dafür sind KonsumentInnendaten und politisches Präzisionsmarketing. Bei den US-Präsidentschaftswahlen 2004 und auch bei den diesjährigen Parlamentswahlen in Großbritannien setzten die Großparteien im Wahlkampf stark auf Data Mining. Aus den gewonnenen Daten (zB. Kaufverhalten, Haushaltseinkommen, usw.) werden potenzielle WählerInnen bestimmt, um sie gezielt umwerben zu können. Etwa lässt sich tendenziell ableiten, welche Partei von BesitzerInnen bestimmter Automarken gewählt wird (zB. Porsche, Jaguar - eher konservativ; Volvo, Subaru - eher (links)liberal). Mit diesem Wissen kann schließlich bestimmt werden, ob einE bestimmte WählerIn besonders umworben werden muss, oder ob er/sie im Wahlkampf ignoriert werden kann, da sein/ihr Stimmverhalten das Wahlergebnis nicht entscheidend beeinflusst. Diese Technik nennt sich „Targeting" und wird auch in anderen Ländern immer häufiger eingesetzt.

Manipulation im Namen der Herrschaft

Viele KritikerInnen sind über diese Entwicklung sehr beunruhigt, da diese Methoden zum Einsatz kommen, ohne dass die Menschen die leiseste Ahnung haben, dass sie überhaupt existieren. Mit diesen Technologien würden die Menschen nicht informiert, sondern manipuliert.

Dass die Zahl der Handy-Überwachungen explodiert, ist ein weiteres Beispiel und Indiz dafür, wie auf zunehmende soziale Spannungsfelder reagiert wird. Zwischen 2002 und 2004 gibt es einen Zuwachs von 438 Prozent bei der so genannten „Rufdatenerfassung". Für diese Rekordzuwächse mit mehr oder weniger Blanko-Unterschriften unter den Überwachungsanträgen der Polizei wurde der österreichischen Richterschaft der Big Brother Award 2005 in der Behördenklasse zuerkannt.

Auch Maria Rauch-Kallat, derzeitige Gesundheitsministerin, schafft einen Quantensprung im Überwachungsapparat Öster-

reich, die mit der „Vorsorgeuntersuchung Neu“ nun endlich den/die gläserneN Patientin begrüßen kann. Mit diesem Gesundheitscheck sind nun ÄrztInnen verpflichtet Details über die Untersuchung samt Alkoholkonsumverhalten personenbezogen an die Sozialversicherung weiterzuleiten. Damit ist einmal mehr der kapitalistischen Verwertbarkeit des Menschen Tür und Tor geöffnet - ganz abgesehen von zukünftigen möglichen Entwicklungen, die dem/der ArbeitgeberIn alle Karten in die Hand legt.

Neues europäisches Gesetz über Vorratsdatenspeicherung geht in der Berichterstattung unter!

Diese Überwachungsmethoden, die einer politischen Programmatik zugrunde liegen, bleiben aber nicht nur auf Österreich beschränkt, sonder sie sind in ganz Europa zu bemerken. So ist es der Europäischen Union am 14. Dezember 2005 gelungen, ein umfassendes Gesetz zur Telefon- und Internetüberwachung zu verabschieden. Damit ist es nun möglich, sämtliche E-Mail-, Internet-, SMS- und Telefonverbindungen a l l e r 450 Millionnen EU-BürgerInnen zu protokollieren. Dieser massive Eingriff in die Freiheits- und Menschenrechte wird von vielen Mainstream-Medien ignoriert.

Was ist an der Vorratsdatenspeicherung falsch?

Die Aufzeichnungen von Verbindungsdaten würde offen legen, wer wen angerufen hat, wer wem eine E-Mail geschickt hat, welche Websites einE NutzerIn besucht hat und sogar, wo Menschen mit ihren Mobiltelefonen waren. Telekommunikationsunternehmen und Internet-Service-Provider sind nun gezwungen, alle Verbindungsdaten ihrer KundInnen aufzuzeichnen und zu speichern. Polizei und Geheimdienste in Europa haben Zugriff auf diese Verbindungsdaten. Verschiedene, miteinander konkurrierende Vorschläge in Brüssel sehen Aufzeichnungszeiträume zwischen sechs Monaten und vier Jahren vor.

Vorratsdatenspeicherung ist eine in die Privatsphäre des/der Einzelnen eingreifende Maßnahme, die das Privatleben aller 450 Millionen BürgerInnen der Europäischen Union betrifft. Vorratsdatenspeicherung ist eine Maßnahme, welche die Überwachungsbefugnisse in bislang nicht gekanntem Maße ausweitet. Gleichzeitig werden viele europäische Schutzrechte für Menschenrechte beeinträchtigt oder abgeschafft, zB. die Datenschutzrichtlinien und die Europäische Menschrechtskonvention.

Vorratsdatenspeicherung bedeutet, dass Regierungen sich in unser Privatleben und in private Kommunikation einmischen können, unabhängig davon, ob wir eines Verbrechens verdächtig werden oder nicht!

Im Juli 2005 hat das Europäische Parlament dem Bericht des Abgeordneten Alexander Alvaro über die verbindliche Vorratsdatenspeicherung zugestimmt. Dieser Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Vorschläge zur Vorratsdatenspeicherung unverhältnismäßig im Zuge der Terrorbekämpfung sind. Der Bericht hinterfragt zugleich die Notwendigkeit, Effektivität und die hohen Kosten für Industrie und NutzerInnen von Telekommunikationseinrichtungen.

Neues österreichisches Sicherheitspolizeigesetz setzt auf verschärfte Überwachung und verdrängt gesellschaftliche Konflikte!

Erst im Jänner 2005 trat das geänderte österreichische Sicherheitspolizeigesetz (SPG) in Kraft. Mit der Novelle wurden die Befugnisse der Polizei stark erweitert. Seit Jänner darf die Polizei Videoüberwachung einsetzen und die Aufzeichnungen 48 Stunden speichern. Kurz nach Gesetzesbeschluss wurden einige Überwachungsanlagen installiert, etwa am Wiener Karlsplatz und am Wiener Schwedenplatz, am Innsbrucker Südtirolerplatz und im Innsbrucker Rapoldipark. Das SPG ermöglicht es auch, Schutzzonen zu errichten, was wiederum bedeutet, dass die Polizei nach eigenem Ermessen Personen beispielsweise daran hindern darf, ein Gebäude zu betreten, wenn sich das Gebäude in einer polizeilich festgelegten Schutzzone befindet. Gerechtfertigt sieht das Innenministerium diese Entwicklung mit der Begründung, dass damit der Drogenhandel unterbunden werde. Tatsache ist jedoch, dass es bei diesem Problem bestenfalls zu einer Verlagerung kommen wird.

Vielmehr ist diese Maßnahme nur ein erneuter Vorwand, um der Gesellschaft weitere Kontrollmechanismen auferlegen zu können! Der Verfassungsjurist Bernd-Christian Funk stellte die Zweckmäßigkeit des Gesetzes in Frage und warnte vor einem „Dammbruch zum Überwachungsstaat“. Gesellschaftliche Problemfelder werden umgesiedelt und entziehen sich somit einer Thematisierung bzw. Lösung!

Mit den zusätzlichen Änderungen des SPG sollen die Befugnisse der Polizei nochmals erweitert werden. So ist u.a. vorgesehen, dass die Überwachung bereits präventiv - also ohne konkreten Verdacht - stattfinden darf und BeamtInnen für die „notwendige Gefahrenerforschung“ auch ohne richterliche Anordnung auf personenbezogene Daten zugreifen können. Unter anderem stellt dies einen unzulässigen Grundrechtseingriff dar!

Konformes Verhalten als Ergebnis von Überwachung

Überwachung hat unter anderem zur Folge, dass die Überwachten sich angepasster (zu dem, was nach den aktuellen Moral- und Wertvorstellungen jeweils vorgegeben wird) verhalten - jedenfalls dann, wenn sie sich überwacht glauben. Das heißt nicht notwendigerweise, dass dadurch der Wille der Überwachten dauerhaft gebeugt wird, doch achten sie in der Regel mehr auf ihre äußerliche Wirkung - ganz ähnlich der eines Schauspielers. Diesen „Zwang zum Schauspiel“ erfährt der/die Überwachte in der Regel als Bürde, die ihn/sie in ihrer (gefühlten) Freiheit einschränkt!

Die Linke und der Krieg

ein Beitrag von Wolf Wetzel

Man muss nicht besonders politisch, schon gar nicht extrem links sein, um die Bergregion namens »Hindukusch« dem Nationalstaat Afghanistan zuzuornden. Ein Land also, dem auch nicht im entferntesten eine Außengrenze zu Deutschland zur Last gelegt werden kann. 2002 erklärte der damalige SPD-Verteidigungsminister Peter Struck, dass Deutschland fortan am Hindukusch verteidigt wird [1]. Damit ist nicht nur die Nachkriegsordnung im Zuge der militärischen Niederlage des »Tausendjährigen Reiches« Schnee von gestern. Null und nichtig sind gleichfalls alle internationalen Rechtsgarantien, die die nationalen Grenzen aller Staaten für unantastbar und Angriffskriege für völkerrechtswidrig erklären.
Ohne jeden Widerspruch aus den Reihen der rot-grünen Regierungsfraktion und der parlamentarischen Opposition (mit Ausnahem der PDS) wiederholte der Verteidigungsminister ein Jahr später: „Der Satz gilt: Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." [2]
Wie ernst es deutschen Politikern und Militärs ist, zur „außenpolitischen Normalität" imperialer Staaten zurückzukehren, bewiesen diese bereits 1999, als sie sich den Krieg gegen die BR Jugoslawien – trotz aller Kriegslügen und konkreter Friedensangebote - nicht mehr nehmen ließen. In über 70 Tagen wurde die BR Jugoslawien in Verhältnisse zurückgebombt, die selbst die Wehrmacht im Dritten Reich nicht zurückgelassen hat.

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat am 19.1.2006 mit dem präventiven, also völkerrechtswidrigen Einsatz von Atomwaffen gedroht: Wer „die Lebensinteressen Frankreichs und seiner Alliierten" gefährde, müsse sich auf eine »entschlossene und angepaßte Antwort« einstellen: „Die Antwort kann konventionell sein. Sie kann aber auch anderer Art sein." [3]
Bei nächstbester Gelegenheit gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel dieser Militärdoktrin Geleitschutz. Im Namen der Großen Koalition erklärte sie, dass es daran „überhaupt nichts zu kritisieren" [4] gäbe.
Dank dieser Klarstellungen kann der Benimm-Dich-Streit zwischen der „alten" und „neuen Welt" getrost begraben werden. Auch die Linke in Europa kann dankbar dafür sein, dass sich der (gern bemühte) Gegensatz zwischen dem Rambo-Imperialismus einer US-Regierung und einer dem Völkerrecht verpflichteten und »gerechten« EU-Streitmacht in Luft aufgelöst hat.

In der Innenstadt Innsbruck's wurde gestern Nacht mehrere Wohnhäuser vollständig zerstört. Dabei kamen über 100 BewohnerInnen ums Leben. Die US-Regierung bestätigte diesen Militärschlag. Ihr lagen glaubhafte Hinweise vor, dass sich dort der „Dritte Mann" hinter Osama Bin Laden aufhalte. Der US-Sprecher des Weißen Hauses bedauerte die Kollateralschäden und betonte die Entschlossenheit seiner Regierung, den Terrorismus überall auf der Welt zu bekämpfen.
An dieser Meldung ist fast alles richtig. Einzig und alleine der Umstand, dass sich dieser Akt von Staatsterrorismus nicht in Österreich, sondern irgendwo in Pakistan ereignete, ist berichtigendswert. [5]

Was die EU-Verteidigungsminister in Innsbruck beraten und beschließen, wissen wir nicht oder nur recht unzulänglich. Mit großer Gewißheit hingegen ist eines auszuschließen: Sie werden nicht eine Minute darauf verwenden, sich über Angriffspläne afrikanischer Länder, die militärische Bedrohungslage durch die angrenzenden Nicht-EU-Länder wie Schweiz, Jugoslawien oder Weißrussland Gedanken machen zu müssen. Das einzige, was sie dort und anderswo „verteidigen" sind ihre eigenen strategischen Planungen, innerhalb von 48 Stunden überall in der Welt anzugreifen, um das mit Waffengewalt durchzusetzen, was noch nicht im friedlichen Wettbewerb bezwungen ist.

„Kein blödes *Na und* kein leichtes *Was solls*" [6]

Fassen wir – unwesentlich verkürzt - zusammen: Die großen, imperialen Militärmächte des Westens befinden sich in einem latenten Kriegszustand, der keiner (Kriegs-)Erklärung und keines Friedensschlusses (mehr) bedarf. Dieser Kriegszustand kennt keinen Anfang, kein Ende - mit wachsender Bereitschaft zur Rechts- und Vertragslosigkeit. [7]
Das ist keine Vorlage für eine apokalyptische Weltuntergangsstimmung, sondern eine knappe Beschreibung veränderter Bedingungen – nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen den führenden kapitalistischen Staaten und dem „real existierenden Sozialismus".
Nicht nur die imperialen Bedingungen haben sich verändert. Auch die radikale, revolutionäre Linke hat Brüche, Niederlagen, innere Wandlungen und Neuformierungen hinter sich.
Wenn sich die Kriegsminister der EU in Innsbruck treffen, werden sie auf eine (radikale) Linke stoßen, die bemerkenswert schwach ist und alles andere als ein machtpolitischer Faktor darstellt, an dem die Herrschenden nicht vorbei können.
Welche Bedeutung hat dann noch Systemkritik? Was heißt denn „smash capitalism"? Woher kommt die Vagheit und/oder Gewissheit: „Eine andere Welt ist möglich"? Viele zucken bei diesen Fragen gelangweilt mit den Schultern, halten sie für lästig und störend: Bringt doch nichts! Einige machen daraus einen radikalen Gestus, der diesen machtlosen und gesellschaftlich-minoritären Zustand für ein besonderes Prädikat radikaler Politik hält – und nicht für einen miesen Umstand.
Es sind nicht die Fragen, die aufhalten, sondern die Weigerung, nach Antworten zu suchen. Dabei werden wir nicht auf den »Stein des Weissen« stoßen, sondern auf einen Prozess, der das,

was wir tun mit dem in Verbindung bringt, wovon und worüber wir reden.
Eine radikale, revolutionäre Politik ist nicht unglaubwürdig, weil sie illusionär und völlig unrealistisch ist. Sie macht sich erst dann lächerlich, wenn sie nicht die Anstrengung unternimmt, einen Weg zu beschreiten, der das, was heute für realistisch gehalten wird, unmöglich macht und das, was heute illusorisch ist, in greifbare Nähe rückt.
Es geht darum, das Ziel, die Abschaffung des Kapitalismus (samt seiner immanenten Kriege), nicht in ein religiöses „Danach" zu verschieben, sondern zum Masstab unseres Handelns zu machen, in unserem Tun erkennbar zu machen – jetzt.
Diese Praxis im Denken und Tun markiert den Unterschied zu jeder Spielart des Reformismus – nicht das Transparent an der Demo-Spitze: „smash capitalism".

Über allen Gipfeln...

Vom 6. – 7. März 2006 werden die EU-Kriegsminister hier in Innsbruck tagen. Dabei werden sie keine Mühen, Kosten und Material scheuen, damit sie das in Ruhe und ohne Störungen tun können. Und wir wiederrum würden sie gerne zum Teufel wünschen – anstatt sie zum Teufel zu jagen.
Die Diskrepanz könnte kaum größer sein: Auf der einen Seite ein Treffen, das mit Geld, Macht, Schamlosigkeit und breiter Zustimmung nur so um sich werfen kann. Auf der anderen Seite einen radikale Linke, die bereits bei viel kleineren Anlässen nicht gut aussieht.
Was also tun, wenn man einerseits weiß, dass man gegen ein solches Treffen Widerstand leisten muss, aber sich gleichzeitig bewußt darüber ist, dass die Mittel und Möglichkeiten bescheiden sind und die Gefahr groß ist, mit viel Aufwand auf eine Betonmauer zu fahren.
Zu Recht ließe sich sagen, dass das gegenwärtig jede Form linker, radikaler Politik betrifft: Das an sich Richtige mit viel zu Wenigen gegen Viel zu Viele zu tun.
Gerade weil das unsere Bedingungen zur Zeit sind, ist es notwendig, sich immer wieder und an jedem Ort zu fragen: Was machen wir wo, warum und wie?
Die Gegenmobilisierungen zu Gipfel-Treffen aller Art hat mittlerweile eine kleine Geschichte und nicht nur bei Kritikern einen Namen: „Gipfel-Hopping". Selbst wenn man diese Gegenmobilsierungen seit Seattle [8] als eine stetig aufsteigende (Erfolgs-)Kurve abbildet, erübrigt sich nicht die Frage: Ist das (immer noch) der richtige Ort? Warum konzentrieren wir gerade dort so viel Energie, Zeit und Kraft? Fassen solche Großdemonstrationen tatsächlich die lokalen und alltäglichen Kämpfe zusammen? Täuschen wir nicht mit großem, erschöpfenden Aufwand eine Stärke vor, die wir in unseren politischen Alltagen auf erdrückende Weise vermissen?
Sich diese Fragen zu stellen, heißt eben nicht, Gegen-Gipfel-Mobilisierungen grundsätzlich für symbolisch, lokale Aktionen für furchtbar praktisch zu halten. Ihre Beantwortung wird vielmehr an unterschiedlichen Orten und unter recht unterschiedlichen politischen Bedingungen verschieden ausfallen. So sehr sich die G-8-Gipfel gleichen, so gravierend unterschieden sich die Begebenheiten und Voraussetzungen in Genua 2001 von denen in Gleneagles/Schottland 2005!
Jenseits der Frage, wie symbolisch und/oder praktisch die eigene Politik sein darf und muss, stellt sich die Frage nach der Bedeutung solcher Gipfel-Treffen. Sicherlich besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass solche Gipfel-Treffen vor allem der Medialisierung von Macht dienen. Dort werden keine Entscheidungen in langem Ringen und mit offenem Ausgang getroffen. Wenn man also dort interveniert, dann muss man sich des schmalen Grades bewußt sein, auf dem man sich bewegt: Sind wir mittlerweile eine kalkulierbare Größe einer Gesamt-Inszenierung geworden? Oder gelingt es wirklich, der Medialisierung solcher Groß-Ereignisses mit Imagebeschmutzung das Wasser abzugraben, ihr das Bild streitig zu machen, das nach einem solchen Großereignis zurückbleibt?
Selbst wenn letzteres gelingt, sollte wir uns dabei nicht blenden lassen: Die Macht der Symbolik zu irritieren ist etwas anders, als in das materielle Gefüge von Herrschaft einzugreifen, ihre materielle (kapitalistische) und immaterielle (ideologische/konsensuale) (Re-)Produktion zu stören, ihr im wahrsten Sinn des Wortes Verluste (statt Gewinne) zuzufügen.
Niemand wird bezweifeln, dass nationale Rüstungskonzerne, Armeen, Aufrüstung im Inneren, nationale Standortideologien u.s.w. das komplexe Geflecht aus wirtschaftlichen, miltärischen und imperialen Interessen abbilden.
Wie schwer es für eine radikale Linke ist, gerade dort einzugreifen, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden.
Selbst nach einer großen, eindrucksvollen Demonstration rund um den Tagungsort wird die Frage zurückbleiben, wie man mit kleinen, glanzlosen Schritten aus dieser Nicht-Präsenz heraustritt.

Imperialismus «sans phrase»

Wenn man auf die Anti-Kriegsbewegung der letzten Jahre zurückblickt, dann fehlt nicht der neidische Blick auf die großen Anti-Kriegs- und Solidaritätsbewegungen der 60er bis 80er Jahre, von den weltweit-vernetzten Anti-Vietnam-Protestbewegungen bis hin zu den Solidaritätsbewegungen gegen die Interventionspolitik der USA gegenüber Befreiungsbewegungen in El Salvador [9] und Nicaragua.
Dieser nostalgische Blick ist oft nur wehmütig, anstatt den Blick für das zu schärfen, was die Gründe für deren Stärke und Ausstrahlungskraft sein könnten.
Man sagt zu Recht, dass der Krieg der USA gegen den vietnamesischen Befreiungskampf im Hause des Aggressors verloren wurde, also nicht nur an der politischen und militärischen Stärke des Vietcongs [10] scheiterte. Die militärischen Verluste waren zwar unerwartet hoch, doch genau so entscheidend waren die politischen Verluste an der Heimatfront, die gesellschaftliche Desertation gegenüber einer Kriegspolitik, die am Ende keine Mehrheit in der US-Bevölkerung hinter sich hatte. Seitdem litten US-Militärs und Politiker gleichermaßen unter einer bis dahin nicht aufgetretenen Lähmung: dem „Vietnam-Sydrom".
Genau so richtig ist, dass die starke Solidaritätsbewegung für die an die Macht gekommene FSLN [11] in Nicaragua zumindest die Umsetzung eine der zahlreichen militärischen US-Interventionspläne verhindert hat – und die US-Militärs dazu zwang, ihre reaktionären Umsturzpläne in einen „low intensity war" umzudirigieren. Es ist dieser Solidaritätsbewegung zu verdanken, dass eine direkte militärische Intervention zum damaligen Zeitpunkt gegenüber dem eigenen Wahlvolk nicht mehr durchsetzbar war.

Was waren die stärksten Waffen dieser Anti-Kriegsbewegungen? Worin sind ihre Erfolge begründet?

So groß und einflussreich sie auch waren, auch sie konnten die Zentren der Kriegsmaschinerie nicht blockieren. So wenig sie die Infrastruktur dieser Kriege lahmlegen konnten (z. B. durch das Verhindern vom Auslaufen von Kriegsschiffen, dem Lahmlegen der Rüstungsproduktion), so weit entfernt blieben sie von den Befehls- und Entscheidungsstrukturen, die diese Kriege koordinierten.

Die Strategie der Blossstellung - das Operationsbesteck der 60er bis 80er Jahre

Ihre Stärke, ihre Mobilisierungskraft bestand in etwas anderem.
Mit unglaublichem Erfolg drangen sie in die Kluft ein, die sich zwischen den Kriegsbegründungen und der Kriegsrealität, zwischen Propaganda und Wirklichkeit, zwischen hehren, selbstlosen Zielen und blutigen Interessen, zwischen der Ideologie von „freedom & democracy" und der Aufrechterhaltung einer imperialen, diktatorischen Weltordnung auftat. Diese Kluft war nicht einfach der Dummheit und Ungeschicklichkeit von Kriegs-Managern geschuldet. Sie musste riskiert werden. Im Inneren galt es, zumindest Teilen der starken, antikapitalistischen Opposition mit Reformen und Zugeständnissen entgegen zu kommen. Und im Rahmen der (Ost-West-)System-Konkurrenz ging es darum, auch ideologisch gut abschneiden: Auf der einen Seite der Machtbereich der kommunistischen Ostblockstaaten, der für ein Versprechen, eine Hoffnung jenseits von Kapitalismus, imperialen Kriegen und Ausbeutung stand. Auf der anderen Seite

der kapitalistische Westen, der versprach, dass der Kapitalismus human und gerecht, und der Reichtum von wenigen mit der Freiheit des Einzelnen und den Chancen für alle gut ausgewogen ist.
Nicht nur die durch die Systemkonkurrenz bedingten ideologischen Aufladungen erzeugten einen ungeheuren Legitimationsdruck. Um den Krieg für »freedom & democracy« zu gewinnen, brauchte es auch einen ganz konkreten Feind, der so abscheulich sein musste wie sein (kommunistisches) Versprechen einer besseren Welt. Doch so sehr die US-Kriegsdesigner auch den Feind als blutrünstigen, hinterhältigen und menschenverachtenden Gegner zeichneten – es gelang ihren nicht. Der Vietcong in Vietnam, die Befreiungsbewegung FSLN in Nicaragua bekämpften nicht nur die (post-)koloniale Ordnung, deren Marionetten bzw. die Diktatur, die zu ihrer Aufrechterhaltung installiert wurde. Sie ließen – inmitten eines offenen bzw. verdeckten Krieges – eine andere, emanzipative Gesellschaftlichkeit aufscheinen, eine Vorstellung von befreitem Leben, das die Mehrheit der Menschen in ihrer Recht auf Glück und Selbstbestimmung einschloss.
Für viele also, die in den 60er bis 80er Jahren gegen die Hegemonie des US-Imperiums Widerstand leisteten, waren nicht alleine die (Kriegs-)Verbrechen der US-Regierungen auschlaggebend. In der politischen und gesellschaftlichen Praxis des Vietcongs, der FSLN konkretisierten sich Vorstellungen einer »besseren Welt«, die auch für die Solidaritätsbewegungen leitend waren. Weder dem Vietcong, noch der FSLN ging es darum, mit dem Kampf gegen die »Fremdherrschaft« nur das »Fremde« daran zu beseitigen. Nicht nur in ihren programmatischen Erklärungen beschritten sie Wege, das, was jenseits vom Kapitalismus und Imperialismus liegt, gesellschaftliche Realität werden zu lassen. Dass genau dies schwierig, widersprüchlich und auch in den »eigenen Reihen« umkämpft war und ist, muss nicht (nur) am Vietcong, an der FSLN nachgewiesen werden. Aus viel größerer Nähe ließen sich die damit verbundenen Schwierigkeiten, Erfolge und Enttäuschungen in den Ländern der Solidaritätsbewegungen verstehen und begreifen.
Die Stärke der Anti-Kriegsbewegungen in den 60er bis 80er Jahren lag zum einen daran, die ideologischen Lackierungen zu zerkratzen, unter deren sich die ökonomischen Interessen und politischen Zielen verbargen. Zum anderen verwies der Widerstand gegen die Kriegspolitiken nicht nur auf die »Opfer des Krieges«. Indem er die Opfer des Krieges auch als politisch Handelnde wahrnahm, war der politische Horizont geöffnet, nicht nur das Ende eines Krieges zu fordern, sondern auch eine Vorstellung davon zu bekommen, was über einen Frieden hinausreicht, der nur die Abwesenheit von Krieg meint – und sich bestenfalls mit dem Austausch der Herrschafts-Eliten begnügt.
Wenn man diese Stärken der damaligen Bewegungen an die Anti-Kriegs-Proteste der letzten Jahre hält, wird leichter verständlich, warum sie so schwach und so illusionslos ist. Denn nicht nur der »Feind unseres Feindes« hat sich geändert, auch die Produktion und Vermarktung vom Kriegen hat sich gewaltig gewandelt.
Zweifelos gibt es in allen US-alliierten Kriegen der letzten Jahre nicht weniger, sondern eher mehr „Opfer des Krieges“ - vom Massakrieren von Hundertausenden von fliehenden irakischen Soldaten am Ende des zweiten Golf-Krieges 1991, über die „Luftkampagne“ gegen die BR Jugoslawien 1999, bis hin zum Krieg nach dem Krieg im Irak heute. Doch in den meisten Fällen bekämpfen diese Kriege nicht das Aufbegehren gegen einen imperiale, reaktionäre Ordnung, sondern Rivalitäten innerhalb dieser Ordnung (wie das irakische Regime unter Saddam Hussein) oder „Abfallprodukte“ ihrer dreckigen Machtallianzen (wie z.B. das Taliban-Regime in Afghanistan). Es ist nicht nur der Medialisierung des Kriegsgegners geschuldet, die diesen noch schlimmer erscheinen läßt als den Aggressor. Die Schwierigkeit ist eine reale, sich mit etwas zu identifizieren, was über eine barbarische Kriegslogik hinausweist. Während die radikale Linke in eine pazifistische Bezugslosigkeit gerät, lässt sich die antideutsche Linke in die Arme der US-Alliierten fallen.
Die zweite Waffe, die Strategie der Blossstellung, im Kampf gegen die Kriegspolitiken der eigenen Regierungen trifft kaum noch. Das liegt nicht am falschen Gebrauch dieser Waffe, sondern an ihrer wachsenden Wirkungslosigkeit. Sie zielt immer noch auf die Füsse einer Kriegspolitik, die sie längst hochgenommen hat. Die Strategie der Skandalisierung, Offenlegung und Entlarvung funktioniert nur so lange, wie die Kluft zwischen Sagen und Tun, zwischen Behauptung und Fakt innerhalb des Systems der Kriegsproduktion groß genug ist, um ihr Auseinanderfallen für einen Legitimationsverlust zu nutzen.
Sicherlich werden die Herrschenden auf Kriegslügen, auf edle, selbstlose Absichten nie ganz verzichten können. Die Tendenz weist jedoch in eine Richtung, die die Anti-Kriegsbewegungen – zu recht – erst einmal sprachlos macht. Eine Tendenz, die ganz generell den Legitimationsbedarf von Herrschaft und Konsenz neu bestimmt.
Die kapitalistischen Staaten in Westeuropa suchen ihre Zustimmung nicht mehr im Versprechen von sozialer Gerechtigkeit. Sie stellen keinen Konsens mehr her, der die Gestaltungbarkeit, die politischen Alternativen innerhalb des Kapitalismus betont. Das unentwegte Gerede von der Globalisierung, von der Logik des (kapitalistischen) Marktes, vom Diktat des Billigeren täuscht eine Politiklosigkeit vor, zu der es keine Alternative (mehr) gibt. Tatsächlich geht es um den schleichenden Abschied von einem politischen Eingeständnis, dass der Kapitalismus nicht dazu da ist, Menschen glücklich und satt zu machen, sondern auszulaugen, zu vernutzen, auszupressen – bis zum Umfallen.
Eine ähnliche Tendenz vollzieht sich im Bereich der Kriegsführung als »robustes Mandat« für das bereits Geraubte und als marktferne Option auf das noch nicht Geraubte. Sicherlich war es noch der lästigen Kriegsschuld zu verdanken, dass die Enttabuisierung des Militärischen [11] erst durch eine rot-grüne Bundesregierung im Jahre 2002 als gelungene Normalisierung gefeiert werden durfte.
Wahrlich keinen Sonderweg beschreiten die EU-Militärmächte, wenn sie ihre Militärdoktrien in eine offene, für alle lesbare Kriegsdoktrin umzuschreiben, in der der Schutz und die Durchsetzung „vitaler Interessen“ die gemeinsame Marschrichtung für die EU-Interventionsstreitkräfte anzeigt. Unverhohlen kann in fast jedem Regierungdekret nachgelesen werden, dass es in den zukünftigen Kriegen um „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu den strategischen Rohstoffen“ [13] u.s.w. gehe.
Auch wenn einige Linke den Bedingungszusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg für kruden Antiimperialismus halten – die Wirtschaftskommentatoren führender Meinungsmacher machen daraus keinen Hehl: Sie feiern die erfolreiche Besetzung des Irak als Beginn einer „Ölbonaza“ [14], die den US-Ölkonzernen in Zukunft Ölquellen, Lizenzen und Milliardengewinne in die Taschen spülen soll.
Die Tendenz, Kriege von allem moralischen, ethischen Ballast zu befreien, die militärische Sicherung und Durchsetzungen ökonomischen und politischer Interessen zu einem völlig legitimen Kriegsziel zu machen, ist entwaffnend.
Zufrieden und geradezu süffisant zog die FAZ eine vorläufige Bilanz: „Eine beachtliche Anpassungsleistung vollbrachte die rot-grüne Regierung, indem sie kurz nach ihrer Wahl das Land an einem Befriedungs-Krieg beteiligte. Der SPD-Kanzler und sein grüner Außenminister schickten im Frühjahr 1999 Bomber gen Belgrad und Leopard-Panzer mit dem Eisernen Kreuz am Geschützturm in die Provinz Kosovo. Deutschland erwachte aus seinem weltpolitischen Schlaf, es konnte sich nicht länger mit einigen Milliarden freikaufen, wie es die Kohl-Regierung noch im Kuweit-Krieg getan hatte. Die bewaffnete Liebenswürdigkeit, die seither die Auslandseinsätze der Bundeswehr prägt, konnte wohl kaum jemand leichter repräsentieren als eine eigentlich pazifistisch-weltverbesserliche Bundesregierung. (...) Nach dem 11. September 2001 trugen sozialdemokratische Verteidigungsminister den bewaffneten Kampf gegen den Terrorismus ins Ausland. Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan vom Winter 2001 an kam schon ohne die Rechtfertigung »Nie wieder Auschwitz« aus, die noch der Kosovo-Angriff erfordert hatte.“ [15]
Was macht eine Anti-Kriegsbewegung, wenn sie den Regierenden

empört vorhält, sie führen „Krieg ums Öl“, und die Regierenden winken müde ab? Was macht eine Anti-Kriegsbewegung, die den Regierenden Folter vorwirft und in der bürgerlichen Öffentlichkeit diskutiert man längst über den Nutzen und die Wirksamkeit von Folter? Was tun, wenn man den Herrschenden gar keine Doppelzüngigkeit vorwerfen kann, weil das, was sie sagen und was sie tun brutal nahe beeinander liegt?

„Entlarvung, Veröffentlichung, Aufdeckung, Skandalsierung (war) das Operationsbesteck in den siebziger und achziger Jahren gewesen. Damit ist es vorbei. Es gibt nichts mehr aufzudecken. Die Zeit der Scham ist vorüber und damit die Möglichkeit der Beschämung.“ [16]

„Krieg dem Krieg“?

Es war den politischen Konstellationen der 60er bis 80er Jahre zu verdanken, dass die Opposition gegen Kriege nicht nur auf deren (zivilen) Opfer verwies. Sie konnte sich mit Menschen, Befreiungsbewegungen und Guerilla-Organisationen solidarisieren, die sich zu „Subjekten der Geschichte“ machten. Diese hatten nicht nur das Recht auf Widerstand an ihrer Seite. Sie verkörperten auch die Hoffnung, dass man selbst im Krieg dem Feind nicht ähnlich oder gar gleich werden muss. Ihre Existenz war der Beweis, dass die Stärke eines (bewaffneten) Widerstandes nicht die Grausamkeit ist, sondern eine Vorstellung von Gesellschaftlichkeit, die mit der Logik der Gewalt bricht.
Die Zerschlagung dieser Bewegungen, die Enttäuschung über die an die Macht gekommenen Befeiungsbewegungen hat nicht nur Resignation innerhalb der europäischen Linken hinterlassen. Die Repression, die Tausende von Ermordeten, die Zehntausende von Gefangenen und Exilierten haben auch die linken Kräfte weltweit geschwächt. Mit ihrer Niederlage schien auch die Vorstellung von einer emanzipatorischen Gesellschaft geschlagen worden zu sein. Damit verschwand jedoch nicht die Opposition gegen die jeweiligen mehr oder weniger diktatorischen Regime. Sie bekam ein neues Gesicht: In vielen Ländern wurden religiöse und nationalistisch/ethnisch-ausgerichtete Organisationen stark und erlangten in einigen Konflikten die Hegemonie (der „Gottesstaat“ im Iran, die Taliban in Afghanistan, die Hamas in Palästina...).
Wenn wir also heute gegen die Kriege der US-Alliierten (samt EU-Partnership) Position beziehen, dann reicht es nicht, auf das Widerstandsrecht zu verweisen.

Die Einheit des „irakischen Widerstandes“ - zwischen übler Behauptung und mystischer Bezugnahme

Kaum ein Krieg der US-Alliierten hat so an Legitimität und Glaubwürdigkeit eingebüßt, wie der Krieg der Willigen gegen den Irak. Die Mehrheit der irakischen Bevölkerung lehnt das Besatzungsregime ab. Der „irakische Widerstand“ hat den imperialen Traum von einer schnellen Kriegs-Rendite fast gänzlich zerstört.
Wie verhält sich die radikale Linke in Europa zu diesem „irakischen Widerstand“?
Ein nicht unerheblicher Teil reagiert mit Desinteresse und Gleichgültigkeit. Ein anderer Teil mit geradezu mystischer und beängstigender Bezugnahme auf den „irakischen Widerstand“. Was hat es mit letzterem auf sich? Existiert die Einheit des irakischen Widerstandes tatsächlich? Für Awni Al-Kalemji, Sprecher der 1992 in Schweden gegründeten Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), der panarabische, kommunistische und religiöse Organisationen angehören, ist diese Einheit nicht Propaganda, sondern Realität:
„F: In Deutschland herrscht bei vielen Menschen Unklarheit über den Widerstand der Iraker gegen die US-Besatzung. Vielfach hört man, der Widerstand setze sich aus drei Komponenten zusammen: Fanatische Islamisten, Anhänger des ehemaligen Staatschefs Saddam Hussein und Agenten des Terrornetzwerkes Al Qaida. Stimmt das so?
A: Dem Widerstand im Irak gehören sunnitische und schiitische Muslime ebenso wie Christen an. Zu ihm gehören Araber und Kurden – kurz: das gesamte irakische Volk leistet Widerstand. Daß auch Leute von Al Qaida dabei sind, ist lediglich eine Erfindung der USA, sie wollen damit nur die Besetzung des Landes legitimieren (...) Es gibt sehr viele Widerstandsgruppen – in allen Orten des Irak. Die Bewegung ist zwar erst zwei Jahre alt, aber dennoch ganzheitlich organisiert und geschickt angeleitet. Wir arbeiten daran, das immer weiter zu verbessern – von Nord bis Süd, von Ost bis West. Die Abstimmung untereinander wird jeden Tag effektiver, bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir die Besatzer aus dem Lande vertrieben haben.“ [17]

Zum Glück gibt es erhebliche Zweifel an dieser behaupteten Einheit. Zumindest in bürgerlichen Medien werden die z.T. erheblichen Differenzen erwähnt. Aber warum geht nicht die (radikale) Linke diesen Zweifeln nach? Warum läßt sie eine solche Behauptung frag- und kommentarlos stehen?
Zum „irakischen Widerstand“ zählen eben nicht nur Angriffe auf die Besatzungstruppen, Organe der installierten irakischen Regierung und die gesamte Infrastruktur der irakischen Ölindustrie. Dazu zählen auch Anschläge auf Pilger, Anschläge vor Moscheen und Kirchen, Bomben auf Märkte und Busstationen, die den Widerstand gegen die Besatzung in einen religiösen und ethnischen Krieg treiben wollen!
Die Einflusslosigkeit der radikalen Linken (in Europa) auf den irakischen Widerstand ist unübersehbar. Sich offen und deutlich gegen reaktionäre Strömungen innerhalb des irakischen Widerstandes auszusprechen ist nicht zu viel (verlangt) und nicht anmassend. Es ist die unbedingte Voraussetzung dafür, der Militarisierung des Politischen zu widersprechen, der reaktionären Parole vom „Krieg dem Krieg“ den Boden zu entziehen – damit der politische Kampf um das, was danach kommt, nicht in ein religiöses Jenseits rückt, sondern Bestandteil des „legitimen Widerstandes“ jetzt wird.

[1] „Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt, der Terror werde dort bekämpft, wo er entstehe.“ Peter Struck, nach Faz vom 21.12.2002
[2] FR vom 21.2.2003
[3] FR vom 20.1.2006
[4] FR vom 24.1.2006
[5] Am 13.1.2006 griff das US-Militär ein Dorf nordwestlich von Wana in Pakistan an. Dabei wurden 18 BewohnerInnen ermordet. Die US-Regierung begründete diese Kriegshandlung damit, dass sie Informationen gehabt habe, dass sich dort „Al Quaida“-Mitglieder zu einem Dinner verabredet hätten.
[6] Kettcar „Hippie“
[7] Diese Rechtlosigkeit bezieht sich nicht nur auf den Umgang mit dem Feind (Einsatz von völkerrechtlich geächteten Kriegswaffen, planmäßige Zerstörung von zivilen Einrichtungen, Folter-Export ect.), sondern auch auf den Umgang mit internationalen Rechtsgarantien, zu deren Einhaltung sie sich selbst verpflichtet haben.
[8] Der G-8-Gipfel in Seattle/USA 1999 geriet unerwartet in die Schlagzeilen, nachdem massive Proteste den Veranstaltungsbeginn um mehrere Stunde hinauszögerte.
[9] Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN)
[10] Der „Vietcong“ galt als die stärkste Fraktion innerhalb der Nationalen Befreiungsfront „Front National de Libération“ (FNL), zu der sich über 20 Parteien und Organisationen 1960 zusammengeschlossen hatten
[11] Frente Sandinista de la Liberación National
[12] „Wir haben einen weiten Weg zurückgelegt von der Tabuisierung des Militärischen in der Politik über das Kosovo, über Mazedonien I und II.“ (Bundeskanzler G. Schröder, Der Spiegel vom 15.10.2002
[13] Verteidigungspolitische Richtlinien der Bundeswehr vom 26.11.1992
[14] „Gewiß ist, dass im Irak bald der Startschuss zu einer Ölbonanza fallen wird, wie sie die Ölmultis lange nicht erlebt haben. Offen bleiben bisher viele Fragen [ ] Werden die Ölgesellschaften aus Russland, Frankreich und Japan ihre Verträge umsetzen können, oder müssen sie ihren Platz den amerikanischen Ölkonzernen räumen?“ FAZ vom 2.12.2002 .... Kurze Zeit später erlies der US-Präsident eine „Executive Order“ unter der Nummer 13 303, „die alle früheren Verträge aller früheren Bagdader Regierungen null und nichtig machte...“ FR vom 28.8.2003
[15] FAZ vom 9.9.2005
[16] „Soziale Bewegungen im Dilemma“, S.12 aus: Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus, Trotzdem Verlag, 2005
[17] Junge Welt vom 14.3.2005

kreativer
Strassenprotest

Pink & Silver und das Radioballett als Beispiele zweier Aktionsformen kreativer Strassenproteste fanden Anwendung in Protesten gegen die Bundesheer-Leistungschau(vi)s in Innsbruck und Salzburg 2005.

War Anfang der 80er Jahre die Verschärfung der sozialen Krise vielerorts zu spüren, so ist die Krise heute unübersehbar. Es geht der etablierten Politik, aber auch vielen Initiativen, nur noch um ihre Verwaltung. Zugleich setzt sich die Zersplitterung des Widerstandes in voneinander isolierte Teilbereiche und vereinzelte Kampagnen fort. Aktionen wie Flugblätterverteilungen, Demos, militante Kämpfe wirken häufig lustlos und ausgelutscht, gelten nur zu oft als überholt. Der Artikel will nicht die verschiedenen Aktionsformen gegeneinander ausspielen und neue Klüfte produzieren, festzustehen scheint aber: Kontinuierlicher Widerstand, der sich nicht nur im defensiven Reagieren auf vorgegebene Themen und in quasi „modemäßig" wechselnden Auseinandersetzungen in Teilbereichen erschöpft, wird noch selten praktiziert. Um der allgegenwärtigen Frustration, Trägheit und Phantasielosigkeit etwas entgegenzusetzen, möchte dieser Text den zu wenig beachteten Ansatz von kreativen Strassenprotesten vorstellen und anhand zweier aktueller Beispiele, die 2005 in Innsbruck und Salzburg stattfanden, dokumentieren.

Theorie zu Pink und Silver

Die Aktionsform Pink & Silver ist inspiriert von postmodernen feministischen Theorien bzw. der Queer Theory , die die gesellschaftliche Funktion von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität als Regulationssystem ins Zentrum der Analyse stellt. Judith Butler dekonstruierte die feministische Identitätskategorie „Frau" radikal zugunsten einer vollkommenen Denaturalisierung von Geschlecht. Demnach gäbe es keinen natürlichen Geschlechtskörper, stattdessen werde dieser diskursiv hergestellt. Geschlecht sei performativ (in Anlehnung an Performance), daß heißt in ständiger Herstellung begriffen und eben nicht einfach gegeben (Butler 1991).

Die Wurzeln der Aktionsform Pink & Silver finden sich im radical cheerleading, welches seit Mitte der 90er Jahre erstmals in Kanada, den USA und Großbritannien auftauchte. Die Idee und Praxis dabei war, mehr Pep und Power in langweilige Latschdemonstrationen zu bringen, die TeilnehmerInnen zu motivieren und in Schwung zu bringen, sowie eine neue Außenwirkung zu erzielen. Das traditionelle cheerleading mit seinen geschlechtsstereotypen Bildern wurde umgedeutet und für politische Inhalte verwendet.

Aus verschiedensten Aktionsformen, politischen Strömungen und Theorien fließen Elemente in die Pink & Silver-Praxis ein, wie z.B. aus dem reclaim the streets (die Aneignung/Zurückeroberung der Strassen), crossdressing und Queer-Bewegung (Spiel mit den Geschlechterrollen, Dekonstruktion von Geschlecht), der Tunten-Terror-Tour, Tute Bianche, schwarzer Block (hier vor allem die Kommunikationsstrukturen), Sambagruppen (Spass und Lärm), Akrobatik auf Demos oder auch aus Ansätzen der Kommunikationsguerilla (Irritation, Umdeutung vorhandener Bilder und Zuschreibungen).

„Es ging uns [...] darum, von anderen in Sachen Protestkultur zu lernen und unsere eigene Praxis zu reflektieren." [1]

Wichtig ist hierbei, dass es nicht das eine Konzept gibt, sondern einen Pool von Elementen linker Praxis die variiert und immer neu zusammengesetzt werden können. Das bedeutet, dass Aktionsformen weiterentwickelt, Selbstverständlichkeiten hinterfragt und Alternativen praktiziert werden.

Erstmals in Pink & Silver sind DemonstrantInnen in Prag anläßlich des IWF-Gipfels öffentlich in Erscheinung getreten. Es folgten Aktionen zum G8-Gipfel in Genua im Sommer 2001. In Deutschland wurde die Aktionsform erstmals beim antirassistischen Grenzcamp in Frankfurt am Main im Sommer 2001 ausprobiert, es folgten Aktionen auf einer Demonstration gegen die Residenzpflicht in Berlin, gegen die Vereidigung des Senats in Hamburg und bei Aktionen gegen Abschiebungen in Bremen. Inzwischen hat sie die Idee weit verbreitet und wird zu verschiedensten politischen Anlässen an unterschiedlichsten Orten praktiziert.

Wie funktioniert Pink & Silver?

Wie schon der Name verrät, kleiden sich die AktivistInnen in Pink und Silber, üben Choreographien, Lieder und Sprüche ein und tanzen damit durch die Straßen, Kaufhäuser, Bürogebäude, etc. Das Modell ist offen und integrativ, jedeR kann mitmachen, es gibt keine feste oder geschlossene Gruppe. Pink & Silver hat den Anspruch, basisdemokratisch zu agieren: Alle Personen sind gleichermaßen an den Gruppenentscheidungen beteiligt, so dass das gemeinsame Vorgehen von allen gestaltet und getragen wird. Für Diskussionen in großen Gruppen gibt es Kommunikationsstrukturen, die gewährleisten sollen, dass alle Anwesenden beteiligt sind und die schnelle Stimmungsbilder möglich machen. Für das Agieren bei Aktionen gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, durch vorher abgesprochene Rufe bestimmtes Verhalten, z.B. Änderung der Aufstellung im Block, auszulösen.

Durch flexible Strukturen und eine erst mal schwer einschätzbare Ausdrucksform, die zugleich spielerisch und konfrontativ, laut, schnell, lustig, kraftvoll und irritierend ist, ist mensch enorm handlungsfähig.

Ein weiterer Aspekt bei Pink & Silver ist das „Spiel mit den Geschlechterrollen". Dieses wird zum einen in der (Ver-)Kleidung gesehen - Männer in rosa Kleidern und Röcken, geschlechtsneutrale Overalls, Puschel und Glitter - zum Anderen im Auftreten: Frivolität als befreiendes Moment und Konfrontation ohne Mackermilitanz. Gewollt ist also ein „Angriff" auf die heterosexistische Kleider- und Benimmordnung sowohl nach innen, also innerhalb der Gruppe, als auch nach außen als Wirkung auf die Nicht-Beteiligten.

Pink vs. Olivgrün
Eine Aktion gegen die Bundesheer-Leistungsshow in Innsbruck

Rund um den österreichischen Nationalfeiertag 2005 lud das Bundesheer zu verschiedenen Veranstaltungen in ganz Österreich. In Wien konnten beispielsweise 4.040 SoldatInnen, 195 Panzer und rund 100 Luftfahrzeuge „bewundert" werden. Aber auch die Tiroler Landeshauptstadt blieb von den Feierlichkeiten des österreichischen Bundesheeres nicht verschont. In Innsbruck fand am 22. Oktober eine Großangelobung von 1.000 GrundwehrdienerInnen statt und am 23. Oktober wurde die Innsbrucker Innenstadt von einer Leistungsschau „beglückt". Dadurch sollte laut Heer „die Verbundenheit des Bundesheeres mit der Bevölkerung" zum Ausdruck gebracht werden. Von medialer Seite fand keinerlei kritische Berichterstattung über diese Veranstaltung statt. Nein, das Gegenteil war der Fall: Zeitungen druckten Sonderbeilagen und die „Kriegspielshow" des Bundesheeres wurde über die verschiedensten Medienkanäle massiv beworben.
Am Tag X konnten dann bei einer großen Tiroler Parade PolitikerInnen und Teile der Bevölkerung mit Ehrfurcht Panzer und Soldaten auf der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße bewundern. Mit Bier und Gulaschkanone wurde anschließend die Verbundenheit des Bundesheeres mit der Bevölkerung bei einem vom ORF übertragenem Frühschoppen der Militärmusikkapelle weiter vertieft. Anschließend konnten Kinder endlich auf Panzern spielen und mit Maschinengewehren imaginäre Feinde umbringen! Alles in allem also ein gelungener Tag für das Bundesheer. Oder doch nicht?

Am Rande kam es zu Protestaktionen unter dem Motto „Pink gegen Olivgrün"

Etwa 15 Pink-Blacks besuchten die Leistungsschau des österreichischen Bundesheers in der Innsbrucker Innenstadt. Ausgerüstet mit Sound, Flyern, Pfeifen, Süssigkeiten und einem pinken „Panzer" gings um ca. 11 Uhr los. Mit guter Laune wurde gegen die Kriegstreiber angetanzt. Und einige SonntagsspaziergängerInnen tanzten zu Breakcore, Discohits und „Ein bisschen Frieden" mit.
Nach Ausweiskontrollen durch die Exekutive konnten wir uns in „Begleitung" Richtung Museumstraße und Innenstadt bewegen. Die „staatliche Unterstützung" bestand aus Uniformierten und mindestens 4 Beamten der Stapo. Aber Pink-Black lässt sich nicht so einfach einschüchtern: Mit unserem Panzer konnten wir kurze Zeit später ungehindert die behördlichen Belästigungen umgehen und uns frei durch sie Stadt und zwischen allen Stationen des Bundesheeres bewegen.
Irritierte SonntagsspaziergängerInnen säumten den Weg, des mittlerweile auf etwa 30 Menschen angewachsenen Pink-Black Blocks, und ließen sich dazu verleiten Flyer und Süssigkeiten des tanzenden Mobs entgegen zunehmen. Die meisten reagierten durchaus amüsiert und verständnisvoll, andere schüttelten nur den Kopf. Am Rande gab es auch Diskussionen mit BürgerInnen, die teilweise in einem cholerischen Anfall der BürgerInnen endeten. Hier ein kurzer Auszug der Aussagen: „Nehmts den Hippies den Panzer weg!" (von kleinen Kindern in einem Bundesheerwagen) - „I tusch dir gleich eine!" - „Dich erschieße ich als erstes und drehe dir den Kragen um!"
Die oben angeführten Aussagen sind nicht erstaunlich, denn die Stadt wimmelte nur so von Uniformierten aller Coleur. Von der Bergwacht, über die Schützen, Unmengen an BundesheersoldatInnen, Kameradschaftsverbänden, Heimatdienstlern und Feuerwehr, etc. war alles anwesend, was sich BesitzerIn einer Uniform schimpfen darf.
Während des „Spaziergangs" gelang es den AktivistInnen sogar einen echten Panzer kurzzeitig zu besetzen, über eine von Pionieren aufgestellte Brücke zu fahren. Verwunderung, Style und Lacher waren auf unserer Seite!
Alles in allem kann von einer voll und ganz gelungenen, spannenden und lustigen Aktion gesprochen werden! Durch das Auftreten in Pink-Black konnten größere Eskalationen vermieden werden und die anwesenden SpaziergängerInnen waren durchaus zugänglich und offen. Nachahmung dringend empfohlen!

Spannung wird geboten - Krieg wird gespielt!

Heute will das Bundesheer seine Verbundenheit mit der Bevölkerung durch eine militaristische Leistungsschau zum Ausdruck bringen. Die InnsbruckerInnen werden mit Kriegsvorführungen und Mordwerkzeugen aller Art belästigt.

Krieg ist kein Spiel, sondern blutige Realität!

Für die meisten Menschen weltweit sind SoldatInnen und Panzer Mordmaschinen und deshalb mit großer Furcht verbunden. Heute soll uns aber das genaue Gegenteil eingetrichtert werden: Krieg als Event! Tötungswerkzeuge und Mordmethoden werden als Attraktion für SonntagsspaziergängerInnen präsentiert.

Lieber Pink tanzen, als olivgrün marschieren! Freude am Leben statt militärischem Gehorsam! Mordwerkzeuge aus der Stadt tanzen!

Für eine Welt ohne SoldatInnen, Krieg und Ausbeutung!

GAME OVER! *Flyer / 23. 10. 2005*

Radioballett - ein Überblick

Das erste Radioballett fand im Hamburger Hauptbahnhof im Mai 2002 statt. Organisiert wurde sie von der Hamburger Gruppe LIGNA, die die „alte" Technologie FM-Radio für ihre politisch-künstlerische Aktion nutzen. Schauplätze der Performances sind öffentliche Plätze, wie Bahnhöfe oder Fußgängerzonen. Der Inhalt einer Performance ist hierbei variabel und kann an entsprechende Umstände und Ereignisse angepasst werden. Die erste Aktion im Hamburger Bahnhof beschäftigte sich mit dem herrschendem Sicherheits- und Überwachungswahn. Mitmachen kann jeder. Via Radio und Kopfhörer bekommen die Teilnehmenden Regieanweisungen, die kollektiv aufgeführt werden. In einer „Zerstreuung" werden verdrängte Praktiken des Bettelns oder des „unnötigen Aufhaltens" aufgeführt.

Die ursprüngliche Idee hierzu war, eine kollektive Aktionsform zu schaffen, die in dem von Polizei und Überwachungstechnologien dominierten Räumen intervenieren konnte. Architektur zB. kann als ein Mechanismus zur Kontrolle eingesetzt werden: Sesselreihen, durchtrennt mit Armlehnen, verunmöglichen das Hinlegen; Räume werden hell und offen gestaltet, sodass keine dunklen Stellen entstehen können. Das augenblickliche Kontrollregime zeichnet sich zusehends dafür verantwortlich, dass „abweichendes" Verhalten aus der Öffentlichkeit verschwindet.

Das Radioballett thematisiert diese Problemfelder nicht im „klassischen" Sinne, indem sie zB. eine Demo organisiert und damit der Öffentlichkeit zeigen möchte, dass die Privatisierung des öffentlichen Raums falsch ist. Diese Aktionsform brachte das zurück, was Regierungen und Kontrollinstitutionen am meisten fürchten: Abweichendes, unkontrolliertes Verhalten in der Öffentlichkeit in solchem Maßstab zu zeigen, so dass Kontrolle nicht mehr möglich ist (Aufhalten der Hände, um etwas zu erbetteln, dort zu sitzen wo es nicht erlaubt ist, usw.). Für LIGNA ist das Radio das ideale Werkzeug um genau das zu erreichen: Die TeilnehmerInnen können es praktisch überall empfangen, es

ist einfach zu bedienen und die Verbreitung des Mediums sorgt dafür, dass viele in einem kollektiven Prozess agieren können.
Falsch liegt mensch aber, wenn geglaubt wird, hier gehe es bloß um autoritäre Anweisungen von oben, die von willenlosen HörerInnen entgegengenommen werden. Im Vordergrund steht hierbei die Aneignung des öffentlichen Raums mittels einer kollektiven Aktionsform, die die inzwischen als „normal" geltenden gesellschaftlichen Verhaltensformen, die zum Teil durch Überwachungstechnologien hervorgerufen werden, thematisieren und hinterfragen, indem sie sie parodieren und/oder von der Norm abweichende Gesten produzieren.

[1] Pink Panic, eine Pink & Silver-Nachbereitung zum Grenzcamp vom 27. Juli bis 5. August 2001 in Frankfurt/Main.
[2] http://www.fsk-hh.org

Zerstreute TouristInnen / Dispersed Tourists Radioballett in Salzburg

Eine kritische Beschäftigung mit Tourismus fand in Salzburg im Rahmen der Heeresschau statt.

„Der Tourismus ist seither das Spiegelbild der Gesellschaft, von der er sich abstößt." (Hans Magnus Enzensberger)

Traumwelt Tourismus

Tourismus ist der Eintritt in eine Traumwelt, in der alles nach den Wünschen der Eintretenden gestaltet ist. Salzburg wird seit Mitte des 19. Jahrhundert zur Idylle all derer umgebaut, die der modernen Welt entfliehen wollen. Die Stadt inszeniert sich als Gesamtkunstwerk - Stein gewordener Traum einer Welt ohne Industrialisierung. Die Stadt wird zur Ware, die Wunscherfüllung zum einträglichen Geschäft. Tag ein Tag aus vollzieht sie sich in der massenhaften Wiederholung der immer gleichen Gesten: Schaufensterbummeln, Postkarten kaufen, Mozartkugeln kauen, Sehenswürdigkeiten fotografieren. Zwischendurch einen Kaffee. Kein Mensch muss touristisches Verhalten eigens lernen. Es ist überall identisch. In seiner Gleichförmigkeit verlängert der Tourismus den Arbeitsalltag, für den er entschädigt.

Normierung

Tourismus macht noch die Suche nach Freiheit und den Ausbruch aus den Zumutungen des Alltags zu einer endlosen Wiederholung konformer Gesten. Wie die Welt zu Hause ist die touristische Idylle durch Normierung, Kontrolle und Ausschlüsse bestimmt. Jede Fremdheit und alles Unvorhersehbare ist aus dem touristischen Raum verbannt. TouristInnen reisen, um sich bestätigen zu lassen, dass keine andere Welt möglich ist als die bestehende. Tourismus unterwirft den urbanen Raum unter die Warenförmigkeit.

„Das Unberührte wird kapitalistisch erschlossen', totalitär aufgerollt'. Militärische Analogien stellen sich ein. Der Tourismus parodiert die totale Mobilmachung." (Enzensberger)

Wie um diesen Zusammenhang zu unterstreichen, beginnt das österreichische Bundesheer seine Feierlichkeiten zum Staatsvertrag am 21.5.2005 in Salzburg. Für einen Tag nehmen Panzer und Informationsstände den öffentlichen Raum ein, der ansonsten von TouristInnen okkupiert ist.

Radioballett

Die Hamburger Radiogruppe LIGNA [2] lädt an diesem Tag dazu ein, die sichtbare Normierung der touristischen Gesten mit der unsichtbaren Organisierung von RadiohörerInnen zu unterwandern. Zerstreute TouristInnen streunen mit tragbaren Radios und Kopfhörern durch die Stadt. Involviert in ein für Außenstehende unverständliches Engagement folgen sie den Vorschlägen des Radioprogramms für Gesten, die vom touristischen Alltag abweichen. Sie untersuchen, wie sich der städtische Raum als Ware konstituiert, und erproben andere Aneignungen dieses Raums. Wenn der Massentourismus jede Fremdheit und alles Unerwartbare des Reisens verbannt, kehrt die Fremdheit als unheimliche Bewegung mit dem Radioballett in den touristischen Raum zurück. Die massenhafte Wiederholung konformer Gesten kann den touristischen Alltag nachhaltig erschüttern.

Dispersed Tourists ist ein Radioballett in der Salzburger Getreidegasse für unbegrenzt viele HörerInnen. Bei dieser touristischen Erkundung interessieren nicht die Attraktionen und Sehenswürdigkeiten, sondern wie sich der spektakuläre Raum der Stadt durch die zerstreute Konstellation der RadiohörerInnen verändern lässt. Eine Reise in das unbekannte Terrain unkontrollierbarer Situationen.

Kontakt:

Lob, Ergänzungen und auch Kritik bitte an:
move@catbull.com
http://catbull.com/move

move
pf 705
6021 Innsbruck

Layout: **achtung, schleudergefahr** herze an **b.b., s.a., o.c., a.m., e.l., l.c., a.w., c.p.**
Bilder: Seite 6, 14, 16, 20: **with//out handaufsherz**; 8, 12: **radikales nähkränzchen**; 18, 24, 28: **move**

Der Druck dieser Broschüre wurde von der **GAJ Tirol**, **GAJ Salzburg** sowie von dem **Komitee gegen das Kriegstreffen *http://kriegsgipfel.oeh.cc*** finanziell unterstützt.

© All Rites Reversed - Reprint what you like

MOVE versteht sich als überregionales Netzwerk, das sich gegen die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs formiert hat. Wir wollen uns aber nicht ausschließlich gegen die EU und ihre Institutionen wenden, sondern gegen alle nationalen und internationalen Unterdrückungsverhältnisse. Die Bekämpfung und Überwindung aller Ausbeutungsverhältnisse ist uns ein Anliegen. Aus diesem Grund verstehen wir uns als: antikapitalistisch, feministisch, emanzipatorisch, antifaschistisch und fortschrittlich! Unser kurzfristiges Ziel ist es die österreichische Präsidentschaft kritisch zu beleuchten und entsprechende Aktionen, Diskussionen und Demonstrationen zu unterstützen und in Gang zu setzen!

EU, Nation und Kapital

Dabei ist uns aber wichtig, nicht die EU als Grundübel von Ausbeutung, Not und Unterdrückung zu sehen, sondern aufzuzeigen, dass die EU nur der verlängerte Arm der verschiedenen europäischen Nationalstaaten ist. Diese Nationalstaaten handeln wiederum im Interesse des jeweiligen nationalen Kapitals. Es ist also eine Wechselwirkung zwischen der EU, den Nationalstaaten und dem europäischem Kapital vorhanden, wobei jedoch die Politik im Sinne des Kapitals handelt. Die angesprochene „Dreierbeziehung" führt aber nicht zu gerechterer Verteilung, sondern zur Perfektionierung der kapitalistischen Ausbeutung.

Aufgrund des zwanghaften ökonomischen Wachstums, das aber nur einem kleinen Teil der Menschen in Europa zu Gute kommt, müssen vermehrt Ressourcen für das europäische Kapital zugänglich gemacht werden.

Militarisierung und Überwachung

Aus diesem Grund versucht die Europäische Union (samt Vorgängerorganisationen) schon seit einigen Jahrzehnten ihre militärische Schlagkraft zu verbessern. Dadurch soll der europäische Einfluss weltweit erhöht werden, um dem europäischen Kapital Zugang zu verschiedenen Regionen und neuen Märkten zu garantieren. Die Militarisierung nach außen geht einher mit vermehrter Überwachung nach innen. Grundlegende Rechte der Menschen werden vermehrt eingeschränkt. Der Orwellsche Überwachungsstaat ist nicht mehr eine erschreckende Utopie, sondern traurige Realität. Überwachungskameras, neue Fahndungsmethoden und die Aufnahme biometrischer Daten in Pässe sind nur einige erwähnenswerte Beispiele.

Festung Europa und Rassismus

Besonders von diesen staatlichen Schikanen und Überwachungsmethoden sind jene Menschen betroffen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Europa geflüchtet sind. Dies wird schon an den EU-Außengrenzen offensichtlich. Der Versuch nach Europa zu gelangen kann als lebensgefährlich bezeichnet werden und endet für viele Menschen aufgrund des Festungscharakters der EU tödlich. Soweit die Menschen also nicht bei ihrer Flucht sterben, werden sie entweder in Lager oder in Schubhaft gesteckt. Und eventuell droht ihnen Abschiebung, weil sie keine Papiere haben. Sobald aber einige MigrantInnen legal in der EU leben können, machen sie Bekanntschaft mit der rassistischen Mehrheitsbevölkerung und den staatlichen Organen. Für die europäischen Eliten dienen sie als neues „Lumpenproletariat".

Die Rolle Österreichs

Österreich spielt beim Umgang mit Flüchtlingen eine traurige Rolle. Der kürzliche Tod eines Schubhäftlings in Linz, die Operation Spring, die Ermordung von Marcus Omufuma oder der Tod von Seibane Wague sind nur die Spitzen des österreichischen Staatsrassismus, der von den österreichischen Gerichten gedeckt wird. Aber auch militärisch mischt Österreich innerhalb der europäischen Verteidigungspolitik kräftig mit. Für die „Verbesserung der militärischen Fähigkeiten" der EU stellt Verteidigungsminister Platter, trotz „offizieller Neutralität", 3.500 österreichische SoldatInnen zur Verfügung. Bis spätestens 2012 soll eine gemeinsame Battle-Group mit Tschechien und Deutschland aufgebaut sein. Ergänzt wird die Rolle Österreichs noch von diversen waffenexportierenden Rüstungskonzernen wie Steyr oder nach Osteuropa expandierenden Banken wie die Erste Bank. Dabei wird in erster Linie auf den „eigenen Geldbeutel" und nicht auf die Verbesserung der Situation der Menschen geachtet.

Sprache und Schein

Interessant hierbei ist die „neue Art der Sprache" mit der wir alle beeinflusst werden. Krieg wird zu einer operativen Handlung, Sozialabbau zur nötigen Reform, kapitalistische Ausbeutung zur Standortfrage, Abschiebung zu einem rechtlichen Mittel und Flüchtlinge zu „Illegalen"! Auf allen Ebenen wird versucht, negative Tatsachen und Verhältnisse „schön zu reden", zu vertuschen oder zu instrumentalisieren um den sozialen Frieden zu wahren. Wichtig hierbei ist nicht die Realität, sondern der durch Manipulation erzeugte Schein!

Durchbrechen wir gemeinsam den kapitalistischen Schein!

Diesen Schein wollen wir gemeinsam durchbrechen, benennen und überwinden. Uns stärkt das Bewusstsein damit nicht alleine dazustehen. Wir fühlen uns als Teil einer weltweiten Bewegung, eines immer stärker werdenden antikapitalistischen Widerstandes, der das Ziel einer gerechteren Welt verfolgt!

Freiheit im Hier und Jetzt erkämpfen!

Auf verschiedenen Ebenen, wollen wir ein neues Bewusstsein schaffen und auf Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse hinweisen, um diese überwinden zu können. Wir wollen gegenwärtig etwas schaffen auf das wir in Zukunft bauen können, im Jetzt etwas bewegen um zukünftig besser leben zu können. Wir wollen „das schöne Leben" nicht auf den St. Nimmerleinstag verschieben, sondern heute schon Freiräume und Möglichkeiten des Ausbruchs aus dem unterdrückenden System andenken und wagen.

Widerstand!

Aktionen sollen mit viel Kreativität und Freude am Widerstand durchgeführt werden. Egal ob Pink-Silver Action, Demonstrationen, Streiks, Ziviler Ungehorsam oder auch (Schein-)Besetzungen: Das alles sind Ausdrucksformen um die Wut über die gegenwärtigen Verhältnisse auszudrücken. Widerstand darf nicht nur theoretisches Geschwafel sein, sondern muss zu praktischem Handeln werden! Im diesem Sinne: Denkt und lebt radikal, lasst euch nicht vom Alltagsgrau überwältigen und findet Kraft und Mut den herrschenden Verhältnissen zu widerstehen!

Auf gegen die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und die neoliberale österreichische Regierung: In Innsbruck, in Salzburg und überall!!!

MOVE steht für Bewegung! Bewegen wir uns gemeinsam in eine bessere Zukunft! Nicht einzeln und gespalten, sondern geeint. Nur gemeinsam kann das Bewegen (MOVE) zu einer Bewegung der Veränderung werden!

Nicht einzeln und gespalten, sondern geeint. Nur gemeinsam kann das Bewegen zu einer Bewegung der Veränderung werden

programm innsbruck:

samstag, 04. märz 2006

Gegengipfel zum EU KriegsmininsterInnen-Treffen:

Vorträge, Diskussionen & Workshops
Neue Mensa [Herzog-Siegmund-Ufer 15] Beginn: 11.00 Uhr

ReferentInnen:
Winfried Wolf (Berlin): Militärisch-Industrieller Komplex in der EU
Gerald Oberansmayr (Wien): EU auf dem Weg zur (militärischen) Supermacht?
Josef Berghold (ibk): Feindbilder
Alois Reisenbichler (Wien): Was tun? Was tun!
Corinna Milborn: Festung Europa
Conrad Schuhler (ISW-München): US-Globalstrategie und die EU
no-racism.net (Wien): Das Abschottungs/Deportationsprogramm der EU

aktuelles Programm auf: *http://kriegsgipfel.oeh.cc*

MOVE Soli-Konzert & VoQü

Z6 [3heiligenstr. 9] 21.00 Uhr

Chaoze One [hiphop, de]
Coming First [hardcore, tirol]
Knötaröt [elektropunk]

sonntag, 05. märz 2006

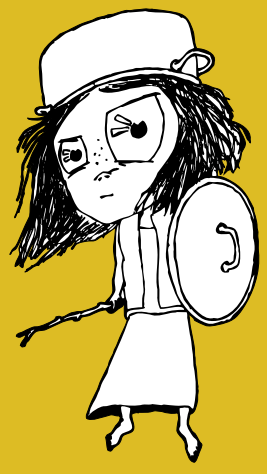
Demonstration

Beteiligt euch an der antikapitalistischen, antifaschistischen Gegenoffensive!
Treffpunkt: Landhausplatz, 14.00 Uhr

anschliessend:

Demo Chillout

Voqü, Filme, Musikkonserven
Z6 [3heiligenstr. 9]



montag, 06. märz 2006

Kundgebung & kreative Aktionen:
Gegen die EU, Kapitalismus und Herrschaft!

Lesungen, Musik, Kaffee & Kuchen, Theater ...
Innenstadt

programm salzburg:

freitag, 10. märz 2006

Filmabend

Infoladen [Lasserstrasse 26] 17.00 Uhr

samstag, 11. märz 2006

Demonstration

Beteiligt euch an der antikapitalistischen, antifaschistischen Gegenoffensive, die Zweite!
Treffpunkt: Hauptbahnhof, 15.00 Uhr

www.catbull.com/move

Absender: grauzone
pf 705 - 6021 innsbruck

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt